
Stadt Zürich
Geschäftsbericht 2004
Sozialdepartement

Zentrale Verwaltung

Spagat zwischen steigenden Soziallasten und Sparzwang

Das Jahr 2004 war geprägt vom immer grösseren Spagat zwischen unaufhaltsam steigenden Soziallasten und dem Sparzwang, der sich paradoxerweise auch auf das Sozialwesen ungebrochen konzentrierte. Trotz leicht nachlassender Arbeitslosenzahlen zeichnete sich keine Trendwende bei der Sozialhilfe ab, im Gegenteil, die Zahlen erreichten neue Höchstwerte. Umso schwerer wog, dass die Stadt mit der Gutheissung des kantonalen Sanierungsprogramms durch die Stimmberechtigten des Kantons im Sozialwesen die Streichung bzw. die erhebliche Kürzung der Staatsbeiträge an die Sozialhilfe (Halbierung des Grundbedarfs II), die Jugend- und Familienhilfe, die Berufsberatung, die Alimenterbevorschussung, die Kleinkinderbetreuungsbeiträge und Drogenhilfe hinnehmen musste. Immerhin konnten weitere Kahlschläge wie zum Beispiel die Abschaffung der Beihilfen zur AHV/IV und die Reduktion der Kostenersatzdauer bei der Sozialhilfe für ausländische Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler politisch abgewendet werden. Aber es galt, sich auf einen Ertragsverlust von 14,3 Millionen Franken einzustellen. Im Juni überwies der Gemeinderat zudem ein Postulat von Gerold Lauber (CVP) und Albert Leiser (FDP), welches zum Ziel hat, den Nettoaufwand für 2005 gegenüber 2004 um 10 Millionen Franken zu senken, um einen Teil der vom Kanton überbürdeten Mehrbelastungen wett zu machen.

Angesichts dieser äusserst angespannten Situation und des Auftrages des Parlaments beschloss die Vorsteherin des Sozialdepartements mit voller Unterstützung des Stadtrates namhafte Einsparungen zu erzielen. Durch einen sorgfältig abgewogenen und vertretbaren Leistungsabbau, reorganisatorische Massnahmen und Ertragssteigerungen wurden letztlich 8,9 Millionen Franken eingespart, womit die Sparvorgabe des Gemeinderats bereits sehr weitgehend eingelöst wurde. Erreicht wurde dies im wesentlichen mit der Zusammenlegung der beiden Dienstabteilungen Ergänzender Arbeitsmarkt und Amt für Soziale Einrichtungen zur neuen Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe bei gleichzeitiger Schliessung oder Neupositionierung von einzelnen Einrichtungen im Bereich Drogen- und Obdachlosenhilfe und in der Soziokultur. Die Details hierzu sind auf den Seiten 3 und 4 dargelegt.

Gestaltungswille statt Kapitulation

Trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen und dem oft heftigen politischen Gegenwind, ist es dem Sozialdepartement gelungen, nicht nur Unverzichtbares zu verteidigen, sondern zukunftsgerichtet die zentralen Aufgabenfeldern neu zu gestalten und Innovationen in Gang zu bringen.

Auf vier Themenfelder sei an dieser Stelle näher eingegangen:

Das Engagement für die Soziokultur – trotz eindeutigen Auftrag der Stimmberechtigten aus dem Jahre 1999 oft als Kürprogramm für gute Zeiten bezeichnet – wurde aufrecht erhalten. Dies aus Überzeugung von der präventiven und sozial integrativen Wirkung. Für die von Privaten geführten Angebote standen im Jahr 2004 rund 15,4 Millionen Franken zur Verfügung, diese entsprechen den Betriebsbeiträgen an 59 Einrichtungen. Dazu kommen seit dem 1. Januar 2004 Raumkosten im Umfang von etwa 7,1 Millionen Franken, welche die Immobilienbewirtschaftung mit dem Portfoliomodell intern dem Sozialdepartement verrechnet. Dieser Betrag konnte durch den einheitlichen Verrechnungsmodus nunmehr transparent gemacht werden. Die bisherigen Kontrakte mit den privaten Trägerschaften liefen per Ende 2004 aus. Das Kontraktmanagement führte daher 55 Kontraktgespräche im Hinblick auf deren Erneuerung für die Periode 2005–2008. Nach Abschluss der Verhandlungen wurden zehn Vorlagen zuhanden des Gemeinderats, neun zuhanden des Stadtrats und neun Verfügungen der Vorsteherin des Sozialdepartements erstellt. Die restlichen Angebote verfügen über dauernde Rechtsgrundlagen, was bedeutet, dass der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrats die jährlichen Beiträge mit dem Budget fest legt.

Zentrale Vorgabe für diese neuen Kontraktverhandlungen war, dass die soziokulturellen Betriebe in Zukunft 10% ihrer Kontraktsumme in neue oder zusätzliche Angebote für Erwerbslose und Familien mit Kindern einsetzen müssen. Damit soll die Soziokultur ihr Engagement im Bereich der Integration

mit dem ihr zur Verfügung stehenden professionellen Rüstzeug verstärken und ihren Beitrag zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben leisten. Insgesamt stehen ab 2005 nicht mehr Mittel zur Verfügung. Das heisst, es wurde von den privaten Trägerschaften einiges an Flexibilität und Innovation gefordert. Die Bewegung, die durch diese Vorgabe einsetzte, ist sehr viel versprechend.

Im Bereich der Kinderbetreuung wird versucht, mit den vorhandenen Mitteln zusätzliche Angebote insbesondere auch niederschwellige aufzubauen. Denn: Nicht immer ist effektiv ein Krippen- oder Hortplatz nötig, Mittagstische, Spielgruppen, privates Engagement beim gegenseitigen «Hütendienst» beispielsweise können manchen Bedarf gut abdecken.

Insgesamt wurde im Rahmen des Legislatorschwerpunktes Ausbau der Kinderbetreuung bereits viel erreicht. Für private subventionierte Kinderkrippen standen 2004 24,3 Millionen Franken zur Verfügung. Das sind 2 Millionen mehr als im Vorjahr, wobei mit diesen Mitteln vor allem die nötige Anpassung der Löhne des Krippenpersonals vorgenommen wurde, dazu haben auch die Eltern beigetragen: ihr Beitragssatz stieg um 6,3%.

2004 wurden über 1500 Betreuungsplätze in 106 privaten Kinderkrippen subventioniert. Nach dem grossem Ausbau in den letzten 6 Jahren war jedoch nur noch eine schwache Zunahme der Plätze zu verzeichnen; es wurden wenige neue Krippen gegründet, von denen eine neu Subventionen erhielt. Die Stadt Zürich weist aber inzwischen im Vergleich einen guten Versorgungsgrad auf, für fast jedes dritte Kind im Krippenalter steht ein Platz zur Verfügung; 40 Krippen weisen freie Plätze aus. Engpässe gibt es nach wie vor bei Plätzen für Säuglinge und Kindergartenkinder.

Zur Volksinitiative «Kinderbetreuung konkret» hat der Stadtrat dem Gemeinderat am 7. April einen Gegenvorschlag vorgelegt. Dieser wird zur Zeit noch in der Spezialkommission des Schul- und Sportdepartements beraten.

Im Kontext des Legislatorschwerpunktes Jung & Alt Stadt, welcher zusammen mit dem Gesundheits- und Umweltdepartement bearbeitet wird, wurden wichtige Meilensteine erreicht. Unter anderem stimmte der Gemeinderat der definitiven Einführung von Job Plus als Motivationssemester zu. Es handelt sich dabei um ein sehr erfolgreiches Programm für Jugendliche, die nach Abschluss ihrer Schulzeit Schwierigkeiten haben, einen Einstieg in eine Berufsausbildung zu finden. Auch gelang es, beim Gemeinderat grünes Licht zu erlangen für die definitive Einführung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Quartieren, dies unter dem Programmtitel «Mega!phon».

Erstmals wurde im Sommer eine breit angelegte Befragung von 500 Jugendlichen durchgeführt. Dabei interessierte z.B. wie es ihnen in der Schule, in der Lehre oder am Arbeitsplatz geht; was sie besonders gerne in der Freizeit tun oder welche Orte in der Stadt sie besonders schätzen. Im Ergebnis zeichneten die Jugendlichen insgesamt ein erfreulich positives Bild von ihrer Lebenswelt. Dies soll aber nicht darüber hinweg täuschen, dass manche Jugendliche und junge Erwachsene mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, zum Beispiel beim Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Berufsleben, und dass hier nach wie vor Unterstützung notwendig ist.

Gestaltungswillen und Innovation begleiteten auch die Asyl-Organisation auf dem Weg zu einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt. 2004 wurden entscheidende Etappenziele erreicht. Alle Vernehmlassungseingaben befürworteten die Verselbständigung der Asyl-Organisation. Die wichtigsten Änderungswünsche gegenüber dem provisorischen Beschluss des Stadtrats waren die Erarbeitung eines Gesamtarbeitsvertrags für die Belegschaft und die Versicherung des Personals bei der städtischen Pensionskasse. Bis zur definitiven Beschlussfassung des Stadtrats wurde ein unterschrittsreifer Gesamtarbeitsvertrag mit den Sozialpartnern ausgehandelt. Auch der Eintritt aller Mitarbeitenden in die Pensionskasse der Stadt Zürich wurde detailliert geprüft. Die definitive Zustimmung zu diesen Bestimmungen kann erst nach der juristischen Errichtung der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt durch die zuständigen Organe erfolgen. Der Kantonsrat hat im Oktober 2004 einer Änderung des Gemeindegesetzes, welche die Führung von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Gemeinden explizit erlaubt, zugestimmt. Die Referendumsfrist zu dieser Gesetzesänderung ist Ende 2004 ungenutzt abgelaufen, womit der Weg auf der gesetzlichen Ebene frei ist. Die gemeinderätliche Spezialkommission für das Sozialdepartement hat die definitive Vorlage des Stadtrates inzwischen in mehreren Sitzungen diskutiert und durchberaten. Der Entscheid des Gemeinderates dürfte im ersten

Quartal 2005 fallen, so dass die Gemeinde im kommenden Sommer über die Verselbständigung der Asyl-Organisation befinden kann.

... und weitere politische Geschäfte

Am 26. September stimmten die Stimmberechtigten der Stadt Zürich nunmehr zum fünften Mal der ärztlich kontrollierten Drogenabgabe an Schwerstsüchtige mit einem komfortablen Mehr von 80 987 Ja zu 26 907 Nein zu. Dieser abermalige Volksentscheid war nötig, weil in der vorangegangenen Abstimmung im Jahr 1998 – gemäss Willen des Gemeinderates – die Drogenabgabe nur zeitlich befristet bewilligt worden war. Die Drogenpolitik mit ihren vier Säulen: Prävention, Überlebenshilfe, Therapie und Repression in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bildet das Thema eines umfassenden Berichtes, der, veranlasst durch das Postulat von Mauro Tuena und Roger Liebi (beide SVP), dem Gemeinderat vorgelegt wurde.

Nebst den bereits weiter oben erwähnten politischen Geschäften, welche das Sozialdepartement und seine gemeinderätliche Spezialkommission 2004 intensiv beschäftigten, waren die Rechtsgrundlagen für Betriebsbeiträge an private Leistungserbringer im Bereich der Beratung und sozialen Integration zu erneuern. Erwähnt seien: der Verein Pinocchio für die Beratungsstelle für Eltern und Kinder, der Verein Domicil für sein Angebot der gemeinnützigen Wohnungsvermittlung und die Fachstelle für Alkoholprobleme für ihre Leistungen in Beratung, Arbeit mit Gruppen, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit. Auch all diese Vorlagen wurden vom Parlament unterstützt. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass trotz aktuellem Sparfieber die soziale Verantwortung der öffentlichen Hand – gerade in wirtschaftlich nach wie vor problematischen Zeiten – von der politischen Mehrheit klar anerkannt wurde.

Zentrale Ressourcendienste

Die Vorsteherin des Sozialdepartements entschied am 6. April 2004, aus dem Amt für Soziale Einrichtungen (ASE) und dem Ergänzenden Arbeitsmarkt (EAM) auf den 1. Januar 2005 die Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe Zürich (SEB) zu bilden. Zudem erteilte die Vorsteherin den Zentralen Ressourcendiensten (ZRD) den Auftrag zur Zusammenführung der Support-Dienstleistungen. Dies mit dem Ziel, ab 2005 neben dem bisherigen Supportauftrag für die Sozialen Dienste (SOD) und die Zentrale Verwaltung (ZV) auch die Verantwortung für die Entwicklung der Support-Dienstleistungen für die SEB zu übernehmen.

Weitere Schwerpunktaufgaben waren das Projekt Fallmanagement, das Projekt Dienstleistungsmanagement und der Umzug in das Verwaltungszentrum Werd.

Zusammenführung der Support-Dienstleistungen

Die ZRD formulierten für den Auftrag «Support für SEB leisten» das Ziel, die Supportaufgaben der SEB mit hoher fachlicher Kompetenz, transparenter und aktiver Information sowie durch Einbezug der Führungs- und Fachleute in den Supportbereich der ZRD zu überführen und die Umsetzung mit den betroffenen Mitarbeitenden flexibel und solidarisch zu gestalten.

Die ZRD bereiteten in der Folge zusammen mit dem EAM und dem ASE die auf den 1. Januar 2005 geplante Überführung der Support-Dienstleistungen vor.

Offerte, Verhandlungen und Vereinbarung:

In einem ersten Schritt wurden die Support-Dienstleistungen vom ASE und vom EAM samt Mengenrüst und aktuellem Ressourcenbedarf erhoben. Mit Hilfe des Dienstleistungs-Kataloges der ZRD wurde zuhause der Geschäftsleitungen des ASE und des EAM eine Offerte erarbeitet und mit diesen verhandelt. Die zuständigen Direktoren trafen in der Folge eine Vereinbarung über die Support-Dienstleistungen der ZRD für die SEB und die hierfür nötigen und an die ZRD zu übertragenden personellen und finanziellen Ressourcen.

Übertritt der Mitarbeitenden:

Aufgrund der oben genannten Vereinbarung führten die ZRD mit allen betroffenen Mitarbeitenden von

ASE und EAM mindestens ein Übertrittsgespräch. Wegen der teilweisen Neuausrichtung der Support-Dienstleistungen konnte nicht jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter die genau gleiche Aufgabe zu den genau gleichen Arbeitsbedingungen wie bis anhin angeboten werden. Dennoch nahmen fast alle Mitarbeitenden das Übertrittsangebot der ZRD an.

Planung und Koordination der Überführung der Supportaufgaben:

Eine Arbeitsgruppe hatte zu gewährleisten, dass der Support zugunsten der SEB ab 1. Januar 2005 in vereinbarter Qualität und gewünschtem Umfang geleistet werden konnte. Dafür wurden die Kompetenzen, Zuständigkeiten, Verantwortungen und Abläufe für alle Dienstleistungen und Prozesse mindestens im Grundsatz geregelt. Durch diese Regelung konnte gleichzeitig die Unterstützung der neuen Organisation SEB und der ordnungsgemässe Abschluss der alten Organisationen ASE und EAM sichergestellt werden.

Information der betroffenen Mitarbeitenden:

Über die zahlreichen Aufgaben zur Umsetzung des Zusammenführungs-Entscheids wurden die direkt und indirekt betroffenen Mitarbeitenden laufend informiert. Um den persönlichen Austausch zu ermöglichen, organisierten die ZRD mehrere Informationsveranstaltungen. An diesen Anlässen wurden die vom Wechsel betroffenen Mitarbeitenden auf die Integration vorbereitet. Dem Kader der SEB konnte die geplante Entwicklung des Supports für die SEB mitgeteilt werden.

Entwicklung der Support-Dienstleistungen für die SEB

Im Verlauf von 2005 wird der Support für die SEB im Personalmanagement, in Organisation & Informatik und im Finanzmanagement definiert und mit der bestehenden Dienstleistungspraxis der ZRD abgeglichen. Ausrichtung, Prozesse, Instrumente und Detailorganisation werden in Projekten überprüft und gegebenenfalls angepasst. Das Raummanagement ist ab 2005 für den Support für die Verwaltungsbauten der SEB zuständig. Die Betriebswirtschaftlichen Dienste werden 2005 – als indirekte Folge der Erweiterung des Supportauftrags auf die SEB – umfassend reorganisiert.

Projekt Fallmanagement

Die Neuausrichtung der ambulanten Beratung in den SOD und damit verbunden die Bildung von polyvalenten Teams in den Sozialzentren haben auch Auswirkungen auf die verschiedenen Fallführungssysteme: Klientinnen und Klienten, die Leistungen aus verschiedenen Bereichen in Anspruch nehmen, haben für ihre Anliegen eine einzige Ansprechperson, die alle notwendigen Massnahmen in die Wege leitet und koordiniert. In den bestehenden Fallverwaltungs- und Klientenbuchhaltungssystemen werden die Daten jedoch in unterschiedlichen IT-Applikationen verwaltet, die für verschiedene funktionale Schwerpunkte entwickelt worden sind. Dies verhindert oder erschwert die Umsetzung des «Modells Zürich». Ausserdem sind die bestehenden IT-Applikationen zum Teil sehr alt, wartungsintensiv und instabil.

In der Vorstudie «Grundlagen Fallmanagement Modell Zürich» wurde deshalb unter Beteiligung aller Anspruchsgruppen geklärt, ob und wie die verschiedenen Fallführungs- und Klientenbuchhaltungssysteme vereinheitlicht und vereinfacht werden können.

Das neue Fallmanagement soll sich an den neuen Prozessen orientieren. Die Beschreibung der standardisierten Abläufe in der Einzelfallhilfe zeigte, dass ein grosser Teil der Prozesse über die Kompetenzbereiche hinaus einheitlich abläuft. Es war möglich, eine Falldefinition zu erarbeiten, die den Anforderungen der verschiedenen Gesetze Rechnung trägt.

Auch in der Vorstudie wurden die bisherigen Projekterfahrungen im SD ausgewertet. Gleichzeitig verschaffte sich ein Projektteam einen Überblick über die in anderen Schweizer Städten im Einsatz stehenden Lösungen.

Im Zentrum der Hauptstudie steht die Evaluation eines neuen Fallführungs- und Klientenbuchhaltungssystems.

Projekt Dienstleistungsmanagement

2004 lag der Fokus im Projekt Dienstleistungsmanagement auf der Verifikation der Dienstleistungsprozesse. Dabei ging es darum, für die Dienstleistungen mit einer hohen Interaktion zwischen den ZRD und ihren Partnerinnen SOD und ZV die Dienstleistungsziele und die Rollen zu klären und zu vereinbaren. Diese Verifikationen wurden abteilungsweise in verschiedenen, auf die Dienstleistungen zugeschnittenen Arbeitsgruppen durchgeführt und konnten 2004 beendet werden.

Für die Dienstleistungs-Kalkulation liegt der Entwurf eines Konzepts vor. Die Dienstleistungs-Kalkulation ist für die ZRD ein Instrument zur Steuerung der Leistungen und Ressourcen, für die Kostenanalyse und für den Kostenvergleich. 2005 soll das Konzept verifiziert und verfeinert werden.

Zurückgestellt werden musste das Projekt der Dienstleistungs-Verrechnung. Das jetzige System einer einfachen Kostenschlüsselung soll weiterentwickelt werden. Dabei gilt es zu beachten, dass Verrechnungssysteme in einer öffentlichen Verwaltung sehr schnell an rechtliche, reglementarische, instrumentelle und betriebswirtschaftliche Grenzen stossen.

Verwaltungszentrum Werd

Für die ZV, die ZRD, die Leitung der SEB und die Leitung der SOD wurde zusammen mit anderen städtischen Dienststellen der Umzug ins Verwaltungszentrum Werd vorbereitet und umgesetzt. Insgesamt waren im SD rund 330 Arbeitsplätze mit einer komplexen IT-Infrastruktur vom Umzug betroffen. Die ZRD waren in allen relevanten Gremien vertreten. Der Umzug und die Inbetriebnahme der neuen Infrastruktur im Verwaltungszentrum Werd erfolgte ohne grössere Probleme. 2005 werden aber noch verschiedene Anpassungen in der Raumausstattung und im Raumklima nötig sein, um die Arbeitsplatzqualität zu optimieren.

Weitere Aufgaben und Projekte in den Abteilungen

Personalmanagement:

In Projekten wurden verschiedene Instrumente und Dienstleistungen der Personalarbeit über- oder neu erarbeitet. Zu nennen sind insbesondere das Einführungsprogramm für neue Mitarbeitende der SOD mit ausgewählten Schulungsmodulen, die Einführung eines berufsbezogenen Persönlichkeits-tests, um Anstellungsentscheide qualifiziert abzustützen, die Evaluation und Implementierung der webbasierten Zeiterfassung mittels Presento in der ZV und in den ZRD sowie die Mitarbeit als Referenz-Einheit im Projekt DELPHI für die breit abgestützte Erarbeitung einer neuen Informatik-Lösung im stadtweiten Human Resources Management.

Finanzmanagement:

Für verschiedene Prozesse wurden kleinere strukturelle und organisatorische Anpassungen realisiert. Dazu gehören die Einführung eines intranetbasierten Spesenformulars für bargeldlose Spesenabrechnungen, die Anpassung der Berichterstattung zur Weiterverrechnung von Sozialhilfeleistungen an neue Anforderungen des Kantons sowie ein standardisiertes elektronisches Formular für Vermögens- und Schlussabrechnungen im Bereich Finanzen Vormundschaftliche Massnahmen.

Rechtsdienst:

Die beträchtliche Fallzunahme, vor allem Einsprachen bei der Einspracheinstanz und Geschäftsprüfungskommission der Sozialbehörde, bedeutete für den Rechtsdienst eine hohe Arbeitsbelastung. Gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt von rund 150 Fällen pro Jahr sind 2004 rund 240 gewöhnliche Einsprachen eingegangen. Darüber hinaus brachte die Anpassung des Grundbedarfes II weitere rund 140 Einsprachen, welche alle behandelt werden konnten.

Betriebswirtschaftliche Dienste:

Im Auftrag der SOD haben die Betriebswirtschaftlichen Dienste eine elektronische Leistungserfassung für die soziokulturellen Betriebe und die Gemeinwesenarbeit entwickelt und eingeführt. Gemeinsam mit den SOD und zugunsten der Geschäftsleitungen des SD und der SOD wurde das Instrumentarium zur Prognose der Fallzahlen und -kosten der Sozialhilfe weiterentwickelt.

Berufsberatung

Seit 1.1.2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Es passt die Berufsbildung den neuesten Entwicklungen an und flexibilisiert die Berufsbildungswelt. Der Berufsberatung ist in diesem Gesetz und der entsprechenden Verordnung ebenfalls ein Kapitel gewidmet. Es ist nun konsequent von Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung die Rede.

Die meist beachtete berufswahltheoretische Grundkonzeption von Ludger Bußhoff entspricht durchaus der neuen Philosophie dieses Gesetzes: Berufswahl und berufliche Entscheidungen sind am besten als Übergänge zu verstehen, die bewältigt werden müssen und deren Lösungen einen Zielhorizont mittlerer Reichweite haben. Das gilt für die erste Berufswahl als Übergang zwischen Schule und Beruf genauso wie für alle weiteren beruflichen Entwicklungen. Der Zielhorizont ist ein mittelfristiger, d.h. nach einigen Jahren müssen wieder neue Entscheidungen gefällt werden, Entscheidungen, die jetzt noch nicht voraussehbar und somit auch nicht planbar sind. Für diese verschiedenen Entscheidungsabläufe im Laufe eines Berufslebens können mehrmals berufsberaterische Dienstleistungen nötig sein: Laufbahnberatung, um die beruflichen Angebote auf die je eigenen, persönlichen Möglichkeiten «übersetzen» zu können und Berufsinformation – dies ist wohl selbstredend – weil sich Berufe in ständiger Veränderung befinden und sich nicht nur Inhalte, sondern auch Qualifizierungsmöglichkeiten laufend verändern.

*Persönliche Beratung*¹

Im Laufbahnzentrum der Berufsberatung wurden im Berichtsjahr 6534 (6331) Beratungen, die oft aus mehreren Beratungsgesprächen bestanden, durchgeführt. 39% davon waren Beratungen von Jugendlichen bis 18 Jahren, 61% solche von Erwachsenen. Diese Zahlen zeigen, dass die Berufsberatung immer mehr für Laufbahnfragen in Anspruch genommen wird. Im Berichtsjahr wurden 1287 (1268) von den RAV zugewiesene Arbeitslosen-Beratungsfälle durchgeführt. Entgegen unseren Annahmen hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2004 nicht auf die Arbeitslosenberatungszahl ausgewirkt. Dies bedeutet, dass die Berufsberatung der Stadt Zürich mit den RAV-Beratungen nach wie vor beachtliche Einnahmen generieren kann.

Das neue Berufsbildungsgesetz hat darauf verzichtet, im Gesetz festzulegen ob die Beratung weiterhin kostenlos bleiben soll. Im Gegensatz zu vielen Kantonen der Schweiz, die nach wie vor auch für Erwachsene ein Grundangebot kostenlos anbieten, hat sich der Kanton Zürich für «kostendeckende Gebühren» entschieden. Dies bedeutet, dass auch die Berufsberatung der Stadt Zürich ihre Beratungen nicht mehr kostenlos anbieten kann. Die Berufsberatung der Stadt Zürich hat sich im Berichtsjahr intensiv damit befasst, für Erwachsene bestimmte, klar definierbare Angebote auszuarbeiten und diese der Bevölkerung gegen Kostenbeteiligung anzubieten.

*Öffentlichkeitsarbeit*²

Klassenbesprechungen und Elternabende wurden in ähnlicher Anzahl wie in den letzten Jahren durchgeführt. Noch einmal zugenommen hat der Aufwand für Schulhaussprechstunden mit 747 (707) Präsenzen mit total 2020 (1847) Aufwandstunden. Dies ist nur ein Indikator für die intensive Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung in der Stadt Zürich.

Ebenfalls unter Öffentlichkeitsarbeit sind die intensiven Bemühungen zur Schaffung von «Mehr Lehrstellen!» zu subsumieren, ebenso die Akquisition von einzelnen Lehrstellen und von Praktikumplätzen, insbesondere für das Erfolgsprodukt der Berufsberatung «Job Plus» als Motivationssemester.

Im Bereich der beruflichen Informationen bewährt sich der «berufskundliche Dreischritt», bestehend aus Übersichtspublikationen (Berufswahlbuch, Berufsfenster), den Berufsfeldunterlagen (Berufswahlmagazine) und den berufsmonografischen Schriften (biz berufsinfo). Im Berichtsjahr wurden auf allen drei Ebenen zahlreiche Schriften publiziert und in der ganzen Schweiz verkauft.

¹ Siehe Tabellen 1–3, Seite 31

² Siehe Tabelle 4, Seite 32

Am 4. Februar 2004 durfte der Direktor der Berufsberatung der Stadt Zürich aus den Händen des CEO der Firma XL Insurances Switzerland die Summe von Fr. 100 000.– entgegen nehmen mit dem Zweck, dass Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger systematisch für den Übergang von der Lehre in die Berufswelt durch Information unterstützt werden können. Dieses Projekt ist mittlerweile sehr gut angelaufen. Die Firma XL überreicht damit der Stadt Zürich ein «Antritts-Geschenk» aus Anlass der Verlegung ihres Europa-Hauptsitzes nach Zürich. Eine wirklich nachahmenswerte Geste.

*Berufsinformationszentrum*¹

Das BIZ hat nach wie vor erfreuliche Besucherzahlen; die Auskunftleistungen sind aber mit 25 524 (27 929) leicht zurückgegangen. Das neue Berufsbildungsgesetz mit seinen vielen neuen Begriffen und Bestimmungen zwingt zu sehr vielen Änderungen in den Unterlagen und zu «Revisionen» von Informationsordnern. Gleichzeitig wurden einzelne Einrichtungen des BIZ intensiver genutzt: Mehr Besucherinnen und Besucher informieren sich an den neuen Internetstationen und die audiovisuellen Medien müssen sukzessiv von Video auf DVD umgerüstet werden.

*Lehrstellenvermittlung*²

Auch im Jahr 2004 musste Zürich ein massives Lehrstellenproblem feststellen. Dabei kann man sagen, dass die in der Stadt angebotenen ca. 4200 Lehrstellen sehr gut ausgeschöpft wurden, waren doch Ende August lediglich noch 23 offene Lehrstellen zu verzeichnen. Diesen wenigen, ganz vereinzelt offenen Lehrstellen, standen ca. 400 Jugendliche gegenüber, die mit einem Motivationssemester vorlieb nehmen mussten oder arbeitslos waren. Zirka 600 Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus der Stadt Zürich besuchten zudem ein Brückenangebot (schulische Zwischenlösung). Die geringe Zahl von 23 nicht besetzten Lehrstellen zeigt die Effizienz der Lehrstellenvermittlung und des Lehrstellennachweises, aber auch die Bemühungen der Jugendlichen, das bestehende Lehrstellenangebot optimal auszuschöpfen. Im Laufbahnzentrum wurden insgesamt 57 281 (48 531) Lehrstellenlisten abgegeben und 8912 (8020) Kontakte mit Lehrbetrieben aufgenommen.

*Stipendien*³

Im Berichtsjahr konnten 481 (508) Stipendien im Gesamtbetrag von Fr. 1 085 200.– (1 068 800.–) ausgerichtet werden. Nimmt man noch die durch die Stipendienabteilung der Berufsberatung vermittelten privaten Stipendien von Fr. 705 930.– (652 035.–) dazu, resultiert daraus ein Total von Fr. 1 791 130.– (1 720 835.–) ausbezahlter Stipendien, d.h. pro 1 Franken städtische Stipendenaus-schüttung können zusätzlich noch 70 Rappen private Stipendien generiert werden.

Asyl-Organisation

Weiterer Rückgang der Zahlen im Asylbereich

Im Jahr 2004 nahm die Zahl der Personen, die in der Schweiz um Asyl nachsuchten, deutlich ab. Dem Kanton Zürich wurden 1822 (Vorjahr: 3076) Personen zugewiesen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuweisung von monatlich rund 150 Asyl Suchenden und einem Rückgang von 41% gegenüber dem Vorjahr.

Die Unterbringungskapazität der Asyl-Organisation Zürich in den Kollektivstrukturen der 1. Phase betrug Anfang Jahr 1216 (1375) Plätze, Ende Jahr 887 (1216) Plätze. Auf die Unterstützung der städtischen Fürsorge waren im Jahr 2004 durchschnittlich 2200 (2200) Personen mit Status N (im Asylprozess) und F (vorläufig Aufgenommene) sowie rund 160 (300) anerkannte Flüchtlinge mit Status B (Aufenthaltsbewilligung) und F angewiesen.

¹ Siehe Tabelle 5, Seite 32

² Siehe Tabelle 6, Seite 32

³ Siehe Tabellen 7–8 Seite 33

Abbau von Strukturen und Arbeitsplätzen

Aufgrund des Rückgangs bei den Asylgesuchszahlen musste die Asyl-Organisation Zürich im Jahre 2004 drei ihrer Durchgangszentren schliessen (DZ Uster / Wallisellen; DZ Ober Halden, Hinteregg; DZ Leutschenbach, Opfikon). Aufgrund von nationalen und kantonalen Sparprogrammen hatten bei den Fachdiensten das Ethnologisch-Psychologische Zentrum EPZ seine Kapazität um rund die Hälfte zu reduzieren und der PsychoSoziale Dienst das MediatorInnen-Programm (Interkulturelle ÜbersetzerInnen und VermittlerInnen) aufzugeben.

Markant sind die Einbrüche bei den vom Bund finanzierten Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen. Die Kursangebote von Workfare Bildung und Lernchance TAST mussten seit 2003 um rund die Hälfte reduziert werden. Zudem wurden im Sommer 2004 das Nähatelier Zickzack geschlossen sowie Recycling Züri Nord redimensioniert.

Bei dieser Entwicklung verloren im Verlaufe des Jahres 2004 rund 60 Mitarbeitende der Asyl-Organisation Zürich ihre Stelle.

Neue Aufgaben

Parallel zu den Abbaumassnahmen übernahm die Asyl-Organisation Zürich auch neue Aufgaben. In Ergänzung zum erfolgreichen Projekt *Gemeinnützige Einsatzplätze für Asyl Suchende in der Stadt Zürich GEP* (seit 2003) startete sie im Herbst 2004 mit dem Projekt *Berufsbildungschancen für Jugendliche mit Status F*. Es geht darum, geeignete Jugendliche in bestehende Ausbildungsprogramme wie z.B. Motivationssemester zu vermitteln.

Zu erwähnen sind im Weiteren ein gut besuchtes Internetcafé für junge Migrantinnen und Migranten aus Afrika (seit 2003), der Neustart des telefonischen Beratungsdienstes *Konfliktophon* sowie die Kursmodule *Trialog*, eine zertifizierte Ausbildung für interkulturelle ÜbersetzerInnen mit langfristigem Aufenthaltsstatus.

Auf dem Weg zu einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt

Angesichts von zahlreichen Spezial- und Sonderregelungen für die Asyl-Organisation Zürich (in den Bereichen Personal, Ausgabenbewilligung und Raumbewirtschaftung), erteilte der Stadtrat im Herbst 2002 dem Sozialdepartement den Auftrag, für die künftige Zuordnung und Gestaltung der Aufgaben sowie die Rechtsform der Asyl-Organisation Zürich eine Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten.

Auf dieser Basis entschied sich der Stadtrat im Frühjahr 2003, die Asyl-Organisation Zürich im Verlaufe dieser Legislatur in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu überführen. Diese Variante ist für die Fortsetzung der Geschäfte der Asyl-Organisation Zürich am besten geeignet. In Bezug auf die wiederkehrenden Kosten erscheint sie kostenneutral, und der Stadt- und der Gemeinderat können die politische Steuerung weiterhin wahrnehmen. Zum aktuellen Stand vergleiche den Abschnitt Zentrale Verwaltung Seite 2.

Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM) / Amt für Soziale Einrichtungen (ASE) / sip züri / t-alk

Das Jahr 2004 war für die beiden Dienstabteilungen ASE und EAM und die Angebote Sicherheit Intervention Prävention (sip züri) und Treffpunkt für Alkoholikerinnen und Alkoholiker (t-alk) geprägt von dem Entscheid, dass sie per 1. Januar 2005 zur neuen Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe zusammengefasst werden. Gleichzeitig erteilte der Stadtrat der neuen Dienstabteilung einen Sparauftrag von 4,5 Millionen Franken, um damit einen Teil der Ertragsausfälle aufzufangen, die ab 2004/2005 als Folge der kantonalen Sanierungsmassnahmen beim Sozialdepartement anfallen. Per 1. Mai 2004 wurde Reto Gugg die Leitung des Amtes für Soziale Einrichtungen und des Ergänzenden Arbeitsmarkts ad interim übertragen. René Nussbaumer, bisher Direktor ASE, wurde ab demselben Zeitpunkt Direktor mit besonderen Aufgaben im Stab der Vorsteherin und Urs Leibundgut, bisher Direktor EAM, wurde neuer Departementssekretär.

Die Vorgabe für die Umsetzung des Sparauftrags lautete, durch den Abbau von Leistungen netto drei Millionen Franken jährlich einzusparen und die Overhead-Kosten um weitere 1,5 Millionen Franken zu reduzieren, einerseits durch die Übertragung der Supportaufgaben an die Zentralen Ressourcendienste und andererseits durch eine schlankere Führungsstruktur.

Zur Umsetzung des Leistungsabbaus sind von den einzelnen Abteilungen zahlreiche Sparvorschläge zusammengetragen worden, von denen folgende ausgewählt wurden:

- Ambulante Drogenhilfe: Schliessung der K&A Seilergraben, Schliessung der K&A Rieterstrasse, Verzicht auf Eingangskontrollen durch die Securitas,
- Wohn- und Obdachlosenhilfe: Einstellung des Heimbetriebes Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse,
- Ergänzender Arbeitsmarkt: Schliessung des Selnautreffs, Umbau des Job Bus
- Familienergänzende Betreuung: Schliessung Erholungsaufenthalte für Mütter und Kinder in Gais.

Um negative Auswirkungen des Leistungsabbaus auf die Zielgruppe in den Bereichen Tagesstruktur und Unterkunft zu vermeiden, sind gleichzeitig zwei neue Angebote geschaffen worden:

- Ambulante Drogenhilfe: Treffpunkt ohne Alkohol- und Drogenkonsum und
- Wohn- und Obdachlosenhilfe: Begleitetes Wohnen für spezielle Zielgruppen.

Die Umsetzung der beschlossenen Sparmassnahmen ist bis Ende 2004 weitgehend abgeschlossen.

Die Übertragung der Supportaufgaben an die Zentralen Ressourcendienste ist sorgfältig vorbereitet worden. Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten werden die Aufgaben Personalmanagement, Finanzmanagement, Organisation und Informatik, Administration der Teilnehmenden, Controlling sowie Telefon/Empfang und die damit verbundenen 28,4 Stellenwerte auf den 1. Januar 2005 an die Zentralen Ressourcendienste übertragen.

Ende September 2004 wurde die Führungsstruktur der Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) per 1.1.2005 festgelegt. Die neue Geschäftsleitung der Sozialen Einrichtungen und Betriebe besteht aus sieben Personen.

Ergänzender Arbeitsmarkt

Stetig steigende Fallzahlen in der Sozialhilfe und stagnierende Arbeitslosenzahlen auf der einen, gekürzte Subventionen und damit verbunden Sparaufträge auf der anderen Seite stellten in diesem Geschäftsjahr besondere Anforderungen an den Ergänzenden Arbeitsmarkt. Innerbetrieblich haben die Vorbereitungen zur Zusammenführung in die Einrichtungen und Sozialen Betriebe vor allem die Arbeit des Kaders geprägt.

Die Angebote zur sozialen Integration leisteten im Berichtsjahr 2976 Teilnehmermonate und waren somit zu 98% ausgelastet. In den Angeboten zur beruflichen Integration wurde die Vorgabe von 4332 zu leistenden Teilnehmermonaten um 164 Monate übertroffen was eine Auslastung von 104% bedeutet. Dass die Vermittlung von Sozialhilfebeziehenden in den ersten Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr nochmals um einen Drittel gesteigert werden konnte, nämlich von 123 Personen auf 183 Personen, ist angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation besonders erfreulich.

Die grössten Veränderungen sind innerhalb der Angebote zur Sozialen Integration umgesetzt worden. Erfolgreich konnten zwei Kooperationsprojekte starten:

- der EAM führt seit August die Mensa des Schulhauses im Birch im Auftrag des Schul- und Sportdepartements
- Sozialhilfe beziehenden ausländischen Frauen stehen im Kinderhaus Entlisberg im Einsatz

Im Rahmen des Leistungsabbaus wurde der Selnautreff geschlossen und das Angebot des Job Bus umgebaut. Gleichzeitig ist mit dem Bezug der Aemtlersstrasse 203 eine Neuausrichtung der Tagesbeschäftigung begonnen worden.

Bei den Angeboten zur beruflichen Integration von Sozialhilfebeziehenden herrschte auch 2004 eine grosse Nachfrage. Viele Projekte waren anhaltend ausgelastet. Die Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste (SOD) wurden schneller in die Angebote des EAM zugewiesen als im Vorjahr, was

neben dem grossen Einsatz der EAM Mitarbeitenden sicher auch zu den Vermittlungserfolgen von über 35% beigetragen hat. Die zehn im Hürlimann Areal angesiedelten Angebote sind im April nach Zürich Nord in die Tramont Halle 3, respektive nach Albisrieden in den Brahmshof umgezogen.

Bereits mehrere Jahre ist die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche unverändert schwierig. Dies drückt sich in den leicht gesunkenen – aber immer noch hohen Vermittlungen in Anschlusslösungen von knapp 70% bei den Motivationssemestern aus. Zu über 60% waren dies direkte berufliche Integrationen, die vor allem durch die Kooperation mit der Migros zustande kamen.

Das BTZ Berufliches Trainingszentrum hat das SQS-Zertifikat für die erfolgreiche ISO-Zertifizierung im Tätigkeitsgebiet berufliches Rehabilitationsprogramm, Ausbildungen und Dauerarbeitsplätze erhalten.

Familienergänzende Betreuung

Die städtischen Kindertagesstätten waren voll ausgelastet. Sie standen einer sehr grossen Nachfrage gegenüber, insbesondere für Kleinstkinder bis 18 Monate. Ende November umfassten die Wartelisten der städtischen Einrichtungen insgesamt 603 Kinder (Ende April 535 Kinder). Kinder im Alter bis 12 Monate machten dabei knapp einen Drittel aus. Noch nicht geborene Kinder einen Fünftel. Dank interner Ressourcenoptimierung und -umverteilung konnten sieben zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden (2003: 299; 2004: 306, Stand November).

Der Betrieb «Erholung für Mutter und Kind» im appenzellischen Gais (Erholungsaufenthalte, Erziehungs- und Sozialberatung für überlastete Frauen mit ihren Kindern) wurde trotz guter Auslastung und grosser Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden angesichts der hohen Kosten auf Ende Oktober eingestellt.

Die Kontaktstelle zur Gründung von Kindertagesstätten Konkita hielt weniger, aber anspruchsvolle Beratungen ab als im Vorjahr. Kindertagesstätten-Neugründungen gingen aus zwei Gründen deutlich zurück:

- Wegen der primären Nachfrage nach Plätzen für Kleinkinder bis ca. 18 Monate, sowie
- der Tatsache, dass der städtische Kredit zur Finanzierung privater Kindertagesstätten ausgeschöpft ist.

Einen Arbeitsschwerpunkt bildete im Berichtsjahr die Mitwirkung in abteilungsübergreifenden Projekten und Arbeitsgruppen:

- Säuglings- bzw. Kleinstkindbetreuung in Krippen: Auseinandersetzung mit Formen und Konzepten (Mitarbeit in der Kantonalen Arbeitsgruppe, «kleine Kinder bis 18 Monaten in Krippen»);
- Legislatorschwerpunkt «Ausbau der Kinderbetreuung»: Projektteam und Arbeitsgruppe innovative Modelle (speziell Vorarbeiten zur «Entwicklung von quartierorientierten Netzwerk-Drehscheiben für Kinderbetreuung»).

Die Familienergänzende Betreuung hat mit 32 Lernenden der Kleinkinderziehung, vier Lernenden Soziale Lehre und 26 Praktikanten und Praktikantinnen (Stand November 2004) einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung des Berufsnachwuchses geleistet.

Wohn- und Obdachlosenhilfe

Die Einrichtungen der WOH beherbergen täglich 1 500 Menschen. Einmal mehr ist es im 2004 gelungen, offene Obdachlosigkeit in der Stadt Zürich zu verhindern. Die Kostenoptimierung, die der Sparauftrag des Stadtrats im Gefolge des kantonalen Sanierungsprogramms 2004 einforderte, konnte erreicht werden.

Direkt von den Sparmassnahmen betroffen war bei der Wohn- und Obdachlosenhilfe die Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse: sie wurde Ende November geschlossen. Die Schliessung der 1914 eröffneten und damit dienstältesten Obdachloseneinrichtung war schmerzlich, hinterliess jedoch keine Versorgungslücke. Der Standort Gerechtigkeitsgasse bietet nun Raum für ein zeitgemässes Angebot. Die Planung eines Begleiteten Wohnens für sozial und gesundheitlich stark beeinträchtigte Personen so-

wie eines Treffpunkts für Randständige (unter der Regie der Ambulanten Drogenhilfe ADH) wurde bereits an die Hand genommen. Ebenfalls eine Konsequenz des Sparauftrages ist der Entscheid, die Notbetten für Randständige als eigenständige Einrichtung aufzuheben und das Angebot in die Notschlafstelle Zürich zu integrieren. Die notwendigen Vorarbeiten wurden im Oktober aufgenommen. Einen positiven Effekt auf den Einsatz der Mittel und Ressourcen zeitigte zudem die Einführung des Qualitätsmanagementsystems QMS in der Notschlafstelle Zürich und im Magazindienst. Prozesse konnten beschleunigt und die Effektivität von Arbeitsgängen erhöht werden. Notschlafstelle und Magazindienst erhielten das ISO-Zertifikat.

Die Akquisition von neuem Wohnraum war wie bereits in den Vorjahren mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Die WOH verstärkte deshalb im Rahmen eines Teilprojekts zum Legislatorschwerpunkt «Wohnen für alle» ihre Anstrengungen, Liegenschaftsverwaltungen und Hausbesitzer in die sozialpolitische Verantwortung einzubinden. Sie setzte sich in der Öffentlichkeitsarbeit für eine Verbesserung der Nachbarschaftskommunikation im Umfeld der Einrichtungen ein.

Bedeutsam für die tägliche Arbeit der Wohn- und Obdachlosenhilfe war der unvermindert hohe Anteil an Klientinnen und Klienten in schweren psychischen Krisen und mit psychiatrischen Krankheitsbildern. Die Zahl der psychiatrischen Notfälle und der Gewaltvorfälle erhöhte sich in den niederschweligen Einrichtungen markant. Die Mitarbeitenden waren aber dank sozialpädagogischer und psychiatriepflegerischer Ausbildungen in der Lage, akute Situationen professionell anzugehen und zu bewältigen. Die Zusammenarbeit mit fachlichen Stellen, insbesondere mit dem Psychiatrisch-Psychologischen Dienst PPD und den Ambulatorien der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich wurde weiter verstärkt.

Ambulante Drogenhilfe

Die Ambulante Drogenhilfe wurde umfassend umstrukturiert und die beiden Kontakt- und Anlaufstellen «Seilergraben» und «Rieterstrasse» stellten am 31. Oktober ihren Betrieb ein. Zusätzlich wurde auf die Securitas Eingangskontrollen vor den Einrichtungen verzichtet. Diese führen neu die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kontakt- und Anlaufstellen durch. Neu in die Ambulante Drogenhilfe integriert wurden das Angebot Sicherheit Intervention Prävention (sip züri) und der Treffpunkt für Alkoholikerinnen und Alkoholiker (t-alk).

Ende November wurde der Treffpunkt City im Kreis 1 für sozial desintegrierte Menschen mit sehr niedrigem Einkommen und einem meist schlechten gesundheitlichen oder psychischen Zustand eröffnet. Er bietet Platz für 40 Personen und ist täglich geöffnet. Der Alkohol- und Drogenkonsum im Treffpunkt ist verboten. Seit der Eröffnung besuchten durchschnittlich täglich 75 Klientinnen und Klienten den City.

Den Treffpunkt für Alkoholikerinnen und Alkoholiker (t-alk) besuchten durchschnittlich täglich 66 verschiedene Personen, ein Fünftel davon Frauen. Fast alle Klientinnen und Klienten brachten ihre alkoholischen Getränke mit und gut die Hälfte verpflegte sich mit einer warmen Mahlzeit.

Flora Dora verzeichnete erneut eine deutliche Zunahme bei der Nachfrage der angebotenen Leistungen. Es fanden insgesamt 12 841 Kontakte (+16%) mit 420 verschiedenen Frauen (+19%) statt. Ein Viertel dieser Frauen suchten den Bus zum erstenmal auf. Neben 3 526 Gesprächen wurden 269 ärztliche Beratungen durchgeführt und 99 Warnungen vor gewalttätigen Freiern ausgegeben.

In der Stadt Zürich gab es im Vergleich zu den Vorjahren weniger problematische Szenenbildungen im öffentlichen Raum. Sip züri arbeitete neu zusammen mit dem Troubleshooter des Schul- und Sportdepartements, was vermehrt zu Einsätzen im Umfeld von Schulhäusern, insbesondere auch an den Wochenenden geführt hat.

Die aufsuchende Arbeit von Streetwork hat rund 5 500 Kontakte zu Jugendlichen gebracht. Die Zahl der Kontakte setzte sich zur Hauptsache aus der Gassenpräsenz, der offenen Beratung im Büro, der Schreibstube zur Wohnungs- und Arbeitssuche und dem Treffpunkt zusammen. Im Rahmen der Sekundärprävention im Partybereich wurden an zehn Partys rund 150 Substanzen getestet, viermal so viele Beratungsgespräche geführt, sowie 2 500 Exemplare der neuen Informationsbroschüre abgegeben. Dem von Streetwork initiierten Verein «Safer Clubbing» haben sich vierzehn Zürcher Clubs

angeschlossen. Auf Vereinskosten wurden diverse Weiterbildungen für das Clubpersonal zu Gesundheit und Drogen angeboten.

Die Kontakt- und Anlaufstellen K&A haben seit der Einführung der Rauchräume deutlich mehr Besucherinnen und Besucher und Konsumationen zu verzeichnen. Die Zahl der Konsumationen stieg um 70 000 auf 260 000. Der Umzug der K&A Brunau, ausgelöst durch die Bauarbeiten für Sihl-City, konnte mit einer vorübergehenden kurzen Schliessung bewältigt werden. Seitdem steht auch in der Brunau ein Rauchraum zur Verfügung.

Heroingestützte Behandlung

Neben dem Alltagsgeschäft widmete sich die Heroingestützte Behandlung einer Fachtagung, die anlässlich des 10-Jahresjubiläum organisiert wurde.

In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen ARUD realisierten die Polikliniken am 22. Januar eine Fachtagung zur Heroingestützten Behandlung. Bedeutende Rednerinnen und Redner aus dem In- und Ausland zogen Bilanz, hielten Rück- und Ausschau und ermöglichten eine Standortbestimmung. Die Tagung fand national und international Beachtung und Anerkennung. Das Medieninteresse war enorm.

Im Vorfeld der Abstimmung zur definitiven Einführung der Heroingestützten Behandlung vom 26. September boten die Polikliniken der Öffentlichkeit die Gelegenheit, die Abgabestellen zu besuchen, sich ein umfassendes Bild vom Behandlungsangebot zu machen und sich so direkt zu informieren. Das Angebot stiess auf reges Interesse. Alle Informationsveranstaltungen waren ausgebucht.

Der Abgabebetrieb der Polikliniken wurde schrittweise reorganisiert. Die Öffnungszeiten wurden geändert, um arbeitenden Klientinnen und Klienten entgegenzukommen. Ein neues Medikamentenabgabesystem verbesserte die Sicherheit und die Hygiene und kann mit weniger personellen Ressourcen bewerkstelligt werden.

Wie im Vorjahr brachen weniger neue Patientinnen und Patienten die Behandlung ab. Die Polikliniken wiesen im Berichtsjahr bei den Diaphinbehandlungen eine Auslastung von knapp 100 Prozent aus, zusätzlich wurde eine Auslastungssteigerung mit Methadonbehandlungen erreicht. Es musste in den Polikliniken zeitweise eine Warteliste geführt werden. Die Anfragen der behandlungswilligen Personen überstiegen die vom BAG bewilligten Behandlungsplätze.

Durch die konsequente Umsetzung der Massnahmen «Auslastungssteigerung» und «Senkung der Personalkosten» konnten die Kosten markant gesenkt werden.

Psychiatrisch-psychologischer Dienst

Das Projekt der «psychosozialen Ambulanz», die sozialpsychiatrische Behandlung von Klientinnen und Klienten der Wohn- und Obdachlosenhilfe wurde erfolgreich weitergeführt. Die Abklärungsgespräche und Behandlungen wurden in Hausbesuchen bei den Betroffenen oder in den Räumen der Poliklinik am Zeltweg durchgeführt. Es zeigte sich, dass viele sozial Randständige an schweren chronischen, unbehandelten psychischen Störungen leiden.

Weiterhin betreute der PPD die Klientinnen und Klienten der ehemals städtischen Heime

- Haus Sonnenberg,
- Sozialpädagogisches Zentrum Gfellergut,
- Kinderheim Neumünsterallee und
- Villa RA mit den Heimen in Aathal und Redlikon der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime sowie
- das Werk- und Wohnhaus zur Weid der Wohn- und Obdachlosenhilfe.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Heime wurden fachlich beraten.

In der Ambulanz der Poliklinik am Zeltweg zeigte sich wie bereits im Vorjahr eine Zunahme der Anmeldung erwachsener Patientinnen und Patienten. Sehr häufig hatten die Patientinnen und Patienten

zusätzlich zur psychischen Störung mit Problemen der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die intensive Zusammenarbeit innerhalb des Sozialdepartements kam der umfassenden Behandlung dieser Fälle sehr zugute.

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

Fallzahl- und Aufwandentwicklung im Überblick

Nachdem bis 2001 jeweils nur leichte Fallzunahmen zu verzeichnen waren, hat in den letzten Jahren ein deutliches Fallwachstum eingesetzt. Dieser Trend hat sich auch 2004 weiter verstärkt: Ende Jahr wurden 15 562 (15 069) laufende Fälle gezählt. Während die Zahl der AHV-RentnerInnen um 1,6% (+0,3%) zugenommen hat, fiel die Steigerung bei den IV-Rentnerinnen und -rentnern mit 6,0% (+4,3%) erwartungsgemäss deutlich höher aus. Somit entfallen 63,7% (64,7%) aller Fälle auf AHV-Berechtigte, 35,1% (34,2%) auf IV-Berechtigte und 1,2% (1,1%) auf Hinterlassene.

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit Fr. 359 796 335.– gegenüber Fr. 330 202 582.– im Vorjahr um 9,0% (4,7%) zugenommen. Nebst den erwähnten höheren Fallzahlen, gehören v.a. die neu anzurechnenden regionalen (statt kantonalen) Durchschnittsprämien für die Krankenkassenprämien – voll von Bund und Kanton finanziert – sowie die höheren Tarife in den Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte zu den Hauptgründen für das Ausgabenwachstum. Entsprechend hat sich auch das Nettoergebnis gegenüber dem Vorjahr um Fr. 14 694 197.– oder 9,1% auf Fr. 175 431 224.– erhöht. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 78,6% (77,5%) auf Ergänzungsleistungen, zu 8,2% (8,9%) auf kantonale Beihilfen, zu 12,2% (12,5%) auf Gemeindegzuschüsse und zu 1,0% (1,1%) auf die Einmalzulagen.

Die im Jahr 2004 erhältlich gemachten unrechtmässigen Bezüge sind nach dem hohen Ergebnis von 2003 von Fr. 9 495 339.– auf Fr. 8 499 951.– gesunken. Von AHV-Rentnerinnen und -Rentnern stammen Fr. 4 649 859.– (Fr. 5 392 724.–), von IV-Rentnerinnen und -Rentnern Fr. 3 790 029.– (Fr. 3 935 418.–) und von Hinterlassenen Fr. 60 063.– (Fr. 167 197.–).

Aus den Nachlässen von 423 (382) verstorbenen Rentnerinnen und Rentnern konnten rechtmässig bezogene Beihilfen und Gemeindegzuschüsse im Gesamtbetrag von Fr. 5 230 062.– (Fr. 5 107 881.–) realisiert werden.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen auf 3160 (2954) gestiegen. Die periodischen Überprüfungen belaufen sich auf 4037 (4589) und die Mutationen auf 9062 (10 103). Es sind 1313 (1399) Anspruchsberechtigte gestorben und 203 (227) Rentnerinnen und Rentner sind von der Stadt Zürich weggezogen. Bei 727 (831) Personen ergab sich nach der Berechnung kein Anspruch (mehr).

Für die Vergütung von Krankheitskosten sind 16 821 (16 288) Verfügungen erlassen worden mit Auszahlungen von Fr. 14 958 085.– (Fr. 13 736 326.–).

Soweit die in Zahlen ausgedrückten Leistungen des AZL für das Jahr 2004. Einen Einblick in den Arbeitsalltag und die speziellen Themen im 2004 vermittelt der nachfolgende fiktive Bericht.

Montag, 13. Dezember 2004, kurz vor 7 Uhr

Rasch überblättere ich die Sportseiten des Tagi. Ich weiche dem Bericht des gestrigen Spiels des FCZ aus. Na ja, nächstes Jahr wird dann alles besser. Hoffnungsvoll wende ich mich den Inlandseiten zu. Ein Artikel über die 5. IV-Revision, die Vernehmlassung zur Gesetzesvorlage läuft bald ab. Kürzlich habe ich beim Mittagessen mit Esther – sie arbeitet in der Abteilung IV-RentnerInnen und Hinterlassene – über die seit Jahren anhaltende Zunahme bei den IV-Fällen gesprochen. Wird mit der 5. IV-Revision alles besser? Das ist Zukunft. Dieses Jahr und auch nächstes Jahr muss die 4. IV-Revision umgesetzt werden, so z.B. die Abschaffung der Subventionen für Behindertentransporte. Ebenso die Folgen des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes, welche bei einigen Wohnheimen und Werk-

stätten für Behinderte massive Auswirkungen gehabt haben. Und wer muss alles ausbaden? Natürlich die Zusatzleistungen.

«Helvetiaplatz!» dröhnt es aus dem Tramlautsprecher. Hastig raufe ich die Zeitung zusammen, verlasse das Tram, überquere den Helvetiaplatz zum Amtshaus, fahre mit dem Lift in den Westflügel der fünften Etage, dort wo die Abteilung AHV-RentnerInnen in Heimen zu finden ist. Ich betrete mein Büro und stürze mich gleich in die Arbeit. Ich stelle den Compi an, konsultiere kurz meine Agenda und wende mich den umfangreichen Pendenzen zu, welche ich nach Dringlichkeit gekennzeichnet habe. Für die Arbeit im Amt für Zusatzleistungen muss man nicht nur über ein breites Fachwissen verfügen, man muss auch mit Pendenzen leben und damit umgehen können. Trotzdem ist mir heute morgen schon Frau Kaiser in den Sinn gekommen. Sie hat sich am späten Freitag Nachmittag noch bei mir gemeldet und ihre finanziellen Sorgen geschildert – nicht zum ersten Mal. Sie hat mir zu verstehen gegeben, dass ich ihr so bald als möglich die eingereichten Krankheitskosten vergüten müsse. «Frau Kaiser, ich werde mich der Sache am Montag annehmen», sagte ich, denn schliesslich wollte ich ja ins Wochenende. Jetzt kümmere ich mich zuerst um Frau Kaiser, denn sie ist finanziell immer sehr knapp dran. Dann stehen noch einige Mutationen an, vor allem Änderungen der Heimkosten. Die ewigen Wechsel in den Pflegestufen machen mich fast wahnsinnig! Höhere Pflegestufen lösen höhere Zusatzleistungen aus, tiefere führen unter Umständen zu einer Rückerstattung. Alles sehr aufwändig!

Montag, 13. Dezember 2004, 10 vor 10

«Meine Mutter wird morgen in ein Pflegezentrum eintreten, sie kann nicht mehr in ihre Wohnung zurück kehren. Der Sozialdienst des Spitals Triemli hat mir empfohlen, dass ich mich wegen der Finanzierung des Aufenthalts im Pflegezentrum Entlisberg an Sie wende.» So hat sich Ende November Fritz Muster an mich gewandt. Ich habe die Personalien von Margrit Muster notiert, einen groben Überblick über ihre finanziellen Verhältnisse gewonnen, mit ihrem Sohn einen Termin für den 13. Dezember um 10 Uhr vereinbart und darauf hingewiesen: «In der Broschüre «Ihr Anspruch auf Zusatzleistungen», welche Sie vom Sozialdienst erhalten haben, finden Sie eine Aufstellung über die für die Anmeldung notwendigen Unterlagen.»

Meine 130. Neuanmeldung dieses Jahr. Es werden jedes Jahr mehr, denn die Aufenthalte im Pflegeheim werden immer kürzer, weil die Leute immer später eintreten. Dazu kommt der Umstand, dass die Tarife in den Pflegeheimen stetig steigen, die Beiträge der Krankenversicherungen jedoch seit Jahren stagnieren. Dadurch können RentnerInnen mit immer höheren Einkommen und Vermögen einen Anspruch auf Zusatzleistungen haben. Die Bedeutung der Zusatzleistungen für die Pflegefinanzierung wird noch massiv zunehmen. So jedenfalls sieht es die Neuordnung der Pflegefinanzierung vor, welche zwischen Sommer und Herbst in der Vernehmlassung war. Hoffentlich haben die nationalen Räte ein Einsehen, dass die wesentlichen Mehrkosten nicht einfach auf die Kantone und insbesondere Gemeinden abgewälzt werden. Auf Grund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, besser bekannt unter dem Kürzel NFA, lässt sich dies nicht völlig ausschliessen, da sich der Bund von der Pflegekostenfinanzierung im Rahmen der Zusatzleistungen weitgehend entlastet hat. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Stadt Zürich zumindest im Rahmen der Pflegefinanzierung noch mehr in den Steuertopf greifen muss.

Ich muss noch einen Blick in das Dossier von Margrit Muster werfen, das ich seit dem ersten Telefonat mit Sohn Fritz angelegt habe. Auf Grund der Zu- und Wegzugsdaten habe ich die Zuständigkeit geprüft. Bei Margrit Muster kein Problem: Sie wohnt schon seit Ewigkeiten in der Stadt. In anderen Fällen gibt es mehr Schwierigkeiten, insbesondere wenn RentnerInnen von ausserhalb des Kantons Zürich in ein Heim in der Stadt ziehen oder aus Zürich in ein ausserkantonales Heim eintreten. Da muss man manchmal mit dem anderen Kanton streiten. Dabei wäre die Sache so einfach zu lösen: der Bund müsste nur endlich festlegen, dass derjenige Kanton zuständig bleibt, in welchem die Person vor dem Heimeintritt gewohnt hat!

Auch Frau Musters Steuerdaten der letzten Jahre sind vorhanden. Daraus ist ersichtlich, dass in den letzten vier, fünf Jahren grössere Vermögensreduktionen erfolgten. Ich habe deshalb vor unserem Termin nochmals mit Fritz Muster gesprochen und ihn aufgefordert, er solle doch noch Unterlagen mitnehmen, welche die Vermögensreduktion erklären. Ebenso sind Daten über die individuelle Prä-

mienverbilligung vorhanden. Seit diesem Jahr müssen diese Leistungen mit der Prämienverbilligung, welche RentnerInnen zusammen mit den Zusatzleistungen zur AHV/IV erhalten, koordiniert werden.

Fritz Muster ist für das Gespräch zur Neuanmeldung ausgezeichnet dokumentiert! Ein Glücksfall! Bei Vermögensreduktionen dauert die Abklärung mitunter Monate, aber Fritz Muster hat plausible Erklärungen: Margrit Muster hat nur die AHV zur Bestreitung des Lebensunterhalts. Und da gab es noch Kursverluste. Ich rufe die Kurslisten der Eidgenössische Steuerverwaltung auf dem Internet ab. Die Verluste lassen sich nachvollziehen. Wieder mal jemand, der mit Swissair und anderen vermeintlich sicheren Werten viel Geld verloren hat.

Das Gespräch mit Fritz Muster dauert etwa eineinhalb Stunden. Er hat Zeit, er ist seit letztem Jahr pensioniert. Na ja, seine Mutter ist gerade 89 geworden. Wir beleuchten alle Einnahmen und Ausgaben. Ich gebe ihm Hinweise, welche Zusätze zur Krankenversicherung mit Vorteil gekündigt werden können, wie die Gebührenbefreiung für Radio und Fernsehen funktioniert, welche Krankheitskosten er zur Vergütung an uns einreichen kann, etc. Ich bin zufrieden und sage Fritz Muster, dass er schon bald mit unserer Verfügung rechnen kann. Fritz Muster ist angenehm überrascht und bedankt sich für das Gespräch. Na, habe ich nicht einen tollen Job!

Montag, 13. Dezember 2004, 16 Uhr 30

Ein Email von unserer Informatikabteilung an alle MitarbeiterInnen im Amt für Zusatzleistungen und an alle Gemeinden, welche unsere Fallapplikation ZUSO übernommen haben, also Winterthur, Uster und weitere Städte und grössere Gemeinden: «Ab 17 Uhr steht die Applikation ZUSO bis auf weiteres nicht zur Verfügung. Über Nacht findet die systemmässige Umrechnung für das Jahr 2005 statt.»

Derartige Umrechnungen müssen wir mittlerweile alljährlich durchführen. Jedes Jahr ändern nämlich die regionalen Durchschnittsprämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, welche Bestandteil der Zusatzleistungsberechnung sind. Die AHV/IV-Renten sowie die Hilflosenentschädigungen werden alle zwei Jahre angepasst. Die notwendigen Daten für die Rentenänderungen der mehr als 20 000 RentnerInnen erhalten wir elektronisch von der ZAS, der Zentralen Ausgleichsstelle der AHV in Genf. Immer wenn die AHV/IV erhöht wird, wird auch der Betrag für den Lebensunterhalt bei den Ergänzungsleistungen angepasst, und unter Umständen noch weitere Eckwerte. Mit all diesen Daten erfolgt eine Neuberechnung und schon bald können wir unsere RentnerInnen über ihren neuen Anspruch ab 2005 orientieren.

Soziale Dienste Zürich

Im Berichtsjahr 2004 sind die Fallzahlen in der Sozialhilfe unvermindert angestiegen. Die Bewältigung des damit verbundenen beratenden und administrativen Mehraufwandes prägte auch in diesem Jahr die Arbeit in den Sozialzentren massgeblich (vgl. Abschnitt Sozialhilfe).

Die neue Organisation der Sozialen Dienste konnte in diesem Jahr weiter konsolidiert werden. Mit dem Umbau des fünften und letzten Sozialzentrums Albisriederhaus wurde planmässig begonnen und die notwendigen organisatorischen Arbeiten für den auf Juli 2005 geplanten Einzug wurden aufgenommen.

Im Jahr 2004 sind alle vormundschaftlichen MandatsträgerInnen in die anderen vier Sozialzentren eingezogen. Die Stellenleitungen der Quartierteams wurden im Integrationsprozess der vormundschaftlichen MandatsträgerInnen in die Quartierteams durch Coachings unterstützt.

Mit der Zusammenfassung der Sozialen Dienste in fünf Sozialzentren und der damit einhergehenden polyvalenten Arbeitsorganisation der Kompetenzbereiche Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe sowie Vormundschaftliche Massnahmen ergibt sich auch die Möglichkeit, die historisch gewachsenen Arbeitsabläufe wesentlich zu vereinfachen. Für eine einheitliche EDV-Lösung zur Fallführung und Administration aller drei Kompetenzbereiche wurde deshalb mit den Zentralen Ressourcendiensten das gemeinsame Projekt Fallmanagement gestartet (vgl. dazu die Ausführungen im Kapitel Zentrale Ressourcendienste, Projekt Fallmanagement).

Ab Anfang Jahr wurden als Massnahme der Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie zur Unterstützung der MitarbeiterInnen Führungs- und Fachgefässe in Kraft gesetzt, die u.a. Fallführung, Fachaustausch, fachliche Vernetzung und Teamorganisation betreffen. Eines dieser Gefässe sind die vom Kompetenzzentrum in der Sozialhilfe, der Jugend- und Familienhilfe und den Vormundschaftlichen Massnahmen aufgebauten Netzwerke, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus allen fünf Sozialzentren zusammensetzen. Die Netzwerke haben den zentrumsübergreifenden Fachaustausch und die Erarbeitung einheitlicher Lösungen für die Praxis der Einzelfallarbeit zum Auftrag. Das Kompetenzzentrum gewährleistet auch die Unterstützung der MitarbeiterInnen in fachlich-methodischen Fragen der Einzelfallarbeit sowie die Entwicklung von fachlichen Grundlagen. Für neue MitarbeiterInnen wurde ein neues Einführungskonzept entwickelt, das ab 2005 umgesetzt wird.

Der Aufgabenbereich «Koordination Stadtentwicklung» konnte unter der Federführung des Kompetenzzentrums gut verankert werden; die fünf Koordinationssitzungen boten den Mitarbeitenden der Gemeinwesenarbeit und Soziokultur die Gelegenheit zum Fach- und Informationsaustausch über die Regionengrenzen hinweg.

Auf nationaler Ebene arbeiteten die Sozialen Dienste intensiv an der Teilrevision der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) mit. Insbesondere vom Chancenmodell Zürich sind wichtige Impulse in das Anreizsystem der SKOS-Richtlinien eingeflossen.

Die Fluktuationsrate beim Personal betrug 5,4% (9,2%).

Sozialhilfe

Leider ist auch im Jahr 2004 die Entwicklung der letzten Jahre gleich geblieben. Die Fallzahlen und demzufolge auch die Kosten sind weiterhin markant gestiegen. Der konjunkturelle Aufschwung hat nicht zu neuen Arbeitsplätzen geführt und die Arbeitslosigkeit ist hoch geblieben. Dies führte zu einem weiterhin starken Fallzugang.

Die jährlich ausgewiesene kumulative Fallzahl stieg um 12,4% von 11 631 Fällen im Jahr 2003 auf 13 076 Fälle. Die durchschnittliche Fallzahl pro Monat erhöhte sich um 16,5% von 7 161 auf 8 342 Fälle pro Monat. Innerhalb von 12 Monaten wurden 4 950 (4 718) Fälle neu aufgenommen und 3 569 (3 442) abgelöst. Im Dezember wurde mit 8 709 (7 792) Fällen ein absoluter Höchststand erreicht.

Jugend- und Familienhilfe, Kinderschutz, Schulsozialarbeit

Im Jahr 2004 wurden in den Sozialzentren der Stadt Zürich insgesamt 3 166 Fälle der Jugend- und Familienhilfe geführt. Im Vergleich zum Vorjahr (3 126 Fälle) blieb die Anzahl Fälle somit annähernd konstant.

Die Zahl der platzierten Kinder und Jugendlichen stieg von 914 im Jahr 2003 auf 941 im Jahr 2004 an. Diese leichte Zunahme ist auf vermehrte Platzierungen in Tagesstrukturen (z.B. Krippen, betreute Tageszentren für Jugendliche, Tagesfamilien) zurückzuführen. Die Platzierungen in Heimen mit 593 (589) und in Pflegefamilien 130 (136) blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Die Dienstleistung «Mütter- und Väterberatung» wurde im Jahr 2004 in wachsendem Masse beansprucht. Die Eltern von 4 654 Babys und Kleinkindern konnten beraten werden (2003: 4 388).

Die Fachgruppe Kinderschutz koordiniert die sieben regionalen Kinderschutzgruppen und ist dafür verantwortlich, dass die Resultate der kantonalen Arbeitsgruppe für Qualitätssicherung in den regionalen Kinderschutzgruppen umgesetzt werden.

Gemäss den kantonalen Vorgaben und den Empfehlungen der Kinderschutzkommission arbeiten die Kinderschutzgruppen nicht fallführend, sondern als Konsultativgremien für Fachleute. Im Berichtsjahr wurde die Kinderschutzgruppe von fallführenden Fachleuten bei 88 (91) Fällen zur Beratung beigezogen.

Insgesamt 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Intakes und Quartierteams haben 2004 die internen Kinderschutzschulungen besucht.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit erfolgt etappenweise im Rahmen der von den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen angenommenen Vorlage zur definitiven Einführung der Schulsozialarbeit in Zürich. Ende 2004 sind 26 SchulsozialarbeiterInnen in 33 Schulhäusern tätig. Schwerpunkte der aktuellen Aufbauarbeit sind: Einführung in die spezifischen methodischen Ansätze der Schulsozialarbeit, Kinderschutzmassnahmen, (Gewalt-) Prävention, Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen und Partnerinnen und Partnern. In jedem Schulkreis unterstützen Begleitgruppen den bedarfsgerechten und fachlich fundierten Einsatz der Schulsozialarbeit.

Zivilrechtlicher Kindes- und Erwachsenenschutz (Vormundschaftliche Massnahmen)

Der Bestand der von Mitarbeitenden der Sozialzentren geführten vormundschaftlichen Massnahmen belief sich Ende 2004 auf 3 965 und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert. Bei 676 Zugängen und 498 Abgängen wurden insgesamt 4 496 Fälle bearbeitet (Jahresumsatz).

Der Jahresumsatz von 4 496 Fällen teilt sich auf 2 761 zivilrechtliche Massnahmen für Erwachsene (2003: 2 651) und 1 735 zivilrechtliche Massnahmen für Minderjährige (2003: 1 662) auf. Die Massnahmen für Erwachsene wurden vorwiegend von Amtsvormundinnen oder Amtsvormunden geführt. Von den Massnahmen für Kinder und Jugendliche wurden 268 (246) von der Elternberatung (Beistandschaften bei Vaterschaftsabklärungen), die übrigen je zur Hälfte von Amtsvormundinnen und Amtsvormunden (713 Fälle; 2003: 691) bzw. Sozialarbeitenden der Jugend- und Familienhilfe (754 Fälle; 2003: 711) geführt.

Die Zunahme des Fallbestandes betrifft sowohl die zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen (Zuwachs: 44 Fälle) als auch die Erwachsenenschutzmassnahmen (Zuwachs: 101 Fälle).

171 (200) Privatpersonen konnten neu als private MandatsträgerInnen gewonnen werden. Die Stelle für die Begleitung privater MandatsträgerInnen (Sozialzentrum Hönggerstrasse) führte drei Einführungskurse durch und auch die Weiterbildungsangebote und Zusammenkünfte zum Erfahrungsaustausch wurden gut besucht. Die Bereitschaft privater Betreuerinnen und Betreuer, nach Beendigung einer Massnahme wieder eine neue zu übernehmen oder mehr als eine Massnahme zu führen, ist weiterhin gross. Im Berichtsjahr wurden 1 093 (990) private BetreuerInnen durch die Sozialen Dienste begleitet. Diese Privatpersonen führten 1 464 (1 315) Massnahmen.

Pflegekinder und Adoptionen

Der Fachbereich Pflegekinder (FPK) führt im Auftrag der Zentralbehörde des Kantons Zürich die Abklärungen bei Internationalen Adoptionen in der Stadt Zürich und im Auftrag der Vormundschaftsbehörde der Stadt Zürich Abklärungsaufträge im Zusammenhang mit Stiefkindadoptionen durch.

Des Weiteren gehören die Vermittlung, Bewilligung, Aufsicht und Begleitung von Verhältnissen in der Familienpflege zum Kerngeschäft, sowohl in der meldepflichtigen Tagesfamilienpflege als auch in der Wochen- und Dauerpflege. Rund ein Drittel aller Kinder sind in Wochen- und Dauerpflege bei nahen Verwandten untergebracht und diese Verhältnisse werden vom Fachbereich Pflegekinder beaufsichtigt und betreut.

Während die Zahlen in der Wochen- und Dauerpflege rückläufig sind, blieben sie in der meldepflichtigen Tagespflege konstant. Bei den Adoptionen ist nach einem Einbruch im letzten Jahr wieder ein Ansteigen von Abklärungen zu verzeichnen.

Sozialbehörde

Die Sozialbehörde trat zu 5 (Vorjahr 4) Gesamtsitzungen zusammen. Im Jahr 2004 sind zwei Mitglieder der Sozialbehörde zurückgetreten.

Die Einzelfallkommission (EK) behandelte an 49 Sitzungen (Vorjahr 50) insgesamt 3 706 (Vorjahr 2 633) Fälle, die gemäss der regelmässig den Entwicklungen angepassten Kompetenzordnung der Zustimmung der Sozialbehörde bedürfen. Davon betrafen 3 392 Fälle (Vorjahr 2 357) die Sozialhilfe und 314 (Vorjahr 276) die Jugend- und Familienhilfe. Als interne Einsprache-Instanz entschied die Einsprache- und Geschäftsprüfungskommission (EGPK) über 279 Einsprachen (Vorjahr 148) an

sechs Sitzungen. Die erhöhte Zahl von Einsprachen ist auf Rekurse zur Kürzung des Grundbedarfs II zurückzuführen.

Neben der regelmässigen, aufwändigen Tätigkeit der Behördenmitglieder als Referenten und Referentinnen in den Sozialzentren, in der EK und der EGPK arbeiten die Mitglieder in themenspezifischen Kommissionen. Die Kommission für Asyl- und Flüchtlingsfragen trat zu neun Sitzungen zusammen. Die Kommission für Finanzfragen hat in vier Sitzungen die Evaluation und Weiterentwicklung des Chancenmodells intensiv begleitet und unterstützt.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat 2004 die Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe überarbeitet und am 3.12.2004 die geänderten Richtlinien verabschiedet. Die Sozialbehörde hat sich mit den Änderungen intensiv beschäftigt und die städtischen Bedürfnisse anlässlich der Vernehmlassung kundgetan. Neben der Anpassung des Grundbedarfs nach unten verankern die revidierten SKOS-Richtlinien ein Anreizsystem, das Einkommensfreibetrag, Integrationszulagen und Sanktionsmöglichkeiten umfasst.

Informationszentrum (IZS)

Das Informationszentrum ist im Frühjahr ins Sozialzentrum Ausstellungsstrasse umgezogen. Der Bevölkerung stehen nun in allen fünf Sozialzentren Infotheken zur Verfügung, wo sie sich über soziale Angebote informieren kann. Das IZS unterstützt die Sozialzentren bei der Bewirtschaftung der Infotheken und bietet der Bevölkerung telefonische und elektronische Auskünfte zu sozialen Fragen. Unverändert gross war die Nachfrage nach Informationen zu Finanzen, Wohnen/Wohnungssuche, Kinderbetreuung und -krippen und Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit. Ebenso wurden zu Rechtsfragen relativ viele Auskünfte erfragt.

470 (486) Personen nahmen im Berichtsjahr den vom IZS mit Freiwilligen wöchentlich durchgeführten Schreibdienst in Anspruch. Die ebenfalls von Freiwilligen angebotenen BVG-/Pensionskassenberatungen wurden von 255 Personen nachgefragt. Die im Berichtsjahr organisierten 11 Vorträge zu sozialen Themen und 12 Führungen wurden von 413 Personen besucht.

Soziokultur und Gemeinwesenarbeit (GWA)

Bezüglich der Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit und Soziokultur mit der Einzelfallhilfe in den Quartierteams wurden an drei Fachtagungen die fachlichen Grundlagen erarbeitet, die ein klares Verständnis über Rollen und Aufgaben im Bereich von Integrationsbemühungen der Sozialen Dienste zum Ziel haben.

Auch im Berichtsjahr haben die GWA und Soziokultur einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration, zur Lebensqualität und zur Förderung von Eigeninitiative der Bevölkerung geleistet. Im Folgenden sind die wichtigsten dargestellt.

Quartierhaus Kreis 5

Das Quartierhaus Kreis 5 erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Die Anzahl der Mietverträge hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die QuartierbewohnerInnen mieten die Räume für private Feste oder sie organisieren Kurse. 30 Personen haben Räume für eine selbstorganisierte, mehrmals stattfindende Veranstaltung gemietet.

Der Quartiertreff «WunderBar» fand jeden Freitag statt. Freiwillige leisteten über 1 000 Arbeitsstunden für die «WunderBar» und einige Hundert BesucherInnen haben die etwas andere Bar im Kreis 5 besucht.

Quartierzentrum Aussersihl

Am 17. August 2004 nahm das Quartierzentrum seinen Betrieb auf und am 1./2. Oktober fand die offizielle Eröffnung statt. Seit dem Eröffnungsfest treffen Anfragen für Raummiete fast täglich ein. Bereits fanden über 100 öffentliche und private Anlässe wie Kurse, Konzerte, Feste, Sitzungen u. ä. statt. Ungefähr 3 500 Personen haben an Veranstaltungen teilgenommen. Mittlerweile sind auch eini-

ge Projekte, wie eine offene Theaterwerkstatt, Mittagstische für Familien oder regelmässige Kulturveranstaltungen in Planung oder bereits umgesetzt. Das Restaurant und die im Restaurant integrierte rauchfreie Kinderecke ohne Konsumationszwang erfreuen sich bereits grosser Beliebtheit.

Kinderhaus Stromboli

Mit einem farbigen Fest feierte das Stromboli 2004 sein 10 jähriges Bestehen. Das Stromboli ist nach wie vor ein sehr beliebter offener Treffpunkt, der täglich von 10–30 Kindern im Alter von 5–13 Jahren genutzt wird. Begeistert machten die Kinder bei den thematischen Aktionen mit. In den Sportferien suchte das Stromboli seinen «Superstar». Eine neutrale Jury aus dem Sozialzentrum Ausstellungsstrasse beurteilte die beeindruckenden Darbietungen. Wie jedes Jahr macht das Stromboli mit bei den vielseitigen Kinder-Aktionen im Quartier; der Kinderfasnacht, dem Röntgenplatzfest und an der Weihnachtsbaumaktion bei der Langstrassenunterführung.

Zentrum Hardau

Mit dem Projekt «Büro 3. Frühling» werden vorwiegend ältere Menschen des Hardau Quartiers angesprochen. Den Einladungen zu Filmen, Literatur oder Musik aus der Zeit während des Weltkrieges folgen oft bis zu 50 Menschen aus dem Quartier und den beiden Altersheimen. Seit diesem Jahr finden die Veranstaltungen alle zwei Wochen statt.

Im Bistro Hardau wurden zwei Jassturniere und ein Jazzabend in Zusammenarbeit mit dem Wirt durchgeführt, ca. 35 Personen haben um den grossen Jasspreis gespielt.

Die Idee einer Carfahrt führte eine stattliche Anzahl BewohnerInnen ins Freilichtmuseum Ballenberg, für viele ältere Menschen eine willkommene Gelegenheit neue Bekanntschaften zu schliessen und ein interessantes Ausflugsziel ohne grosse Mühe zu erreichen.

Zum ersten Mal öffneten sich in der Hardau in diesem Jahr 24 Weihnachtsfenster, dekoriert von den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Der Betrieb des Bullingertreffs wurde nach den Sanierungs- und Umbauarbeiten im Juli mit einem bunten Strauss von Angeboten wie Ballonwettbewerb, Grillabenden mit Kino, Disco für Kinder und Jugendliche etc. eröffnet. Einerseits werden die Räume des Bullingertreffs an die BewohnerInnen vermietet, andererseits wurden verschiedene begleitete Angebote, wie eine Kinderolympiade oder Blasionachmittage organisiert.

Quartiertreffs Höngg und Rütihof

26 500 Besuche verzeichneten die beiden Quartiertreffs in Höngg und Rütihof. Alle Angebote – rund 20 grosse und 200 kleine Veranstaltungen sowie 600 strukturierte Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene – wurden in Zusammenarbeit mit der Quartierbevölkerung geplant und durchgeführt. Die beliebten Quartiernachtessen fanden in der «lila Villa» und im Quartiertreff Rütihof statt.

Der Garten des Quartiertreffs Rütihof – der einzige öffentliche Spielplatz im Quartier – wurde vor allem in der warmen Jahreszeit von Eltern mit ihren Kindern rege benutzt. Der Betrieb des Quartiertreffs Rütihof konnte sich in seinem dritten Betriebsjahr im Quartier etablieren. Insbesondere im Kleinkinderbereich bestand eine grosse Nachfrage von jungen Müttern aus dem Quartier für Chrappel- und Laufgruppen. Während den rund 1500 Stunden besetzten Öffnungszeiten konnten sich die BewohnerInnen über Angebote und Entwicklungen im Quartier informieren. Neu stand der Quartierbevölkerung während den Öffnungszeiten auch der Internetauraum für Bewerbungsschreiben usw. zur Verfügung.

Neben der Mitarbeit in wichtigen Vernetzungsgremien im Quartier wie Arbeitskreis für Jugendfragen, Vereine, Nachbarschaftshilfe, Gewaltpräventionsgruppe der Schule, Jugendarbeit Höngg, Kleinkinderbereich, war auch die Zusammenarbeit im Sozialraum mit den Quartierteams Wipkingen/Höngg und dem Intake des Sozialzentrums Hönggerstrasse ein wichtiges Thema.

Die Spielanimation führte an Mittwoch Nachmittagen, an Samstagen, während den Schulferien und an Tagen von Schulkapiteln und Synoden verschiedene, sehr gut besuchte, Spiel- und Werkangebote durch, die sich an unterschiedliche Altersgruppen richteten.

Im Jugendtreff setzt sich eine Gruppe von Schülern und Schülerinnen im Alter von 12–14 Jahren mittlerweile selbstverantwortlich für Teile des Treffbetriebs ein. In der offenen Jugendarbeit wurde die Zusammenarbeit mit der Oberstufenschule intensiviert. Sie beteiligte sich am Pausenkiosk und Mittagstisch, stellte die Jugendarbeit in sechs Klassen der Oberstufe vor und beteiligte sich beim Eröffnungsfest Lachenzelg/Imbisbühl.

GWA und Soziokultur beteiligten sich an verschiedenen Projekten und Initiativen, um die Begegnung im Quartier zu fördern. So wurde z.B. das Projekt «Zündschnur», ein Jugendbeteiligungsprojekt, durchgeführt in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit Höngg, den Schulhäusern Rütihof und Lachenzelg und dem Megalphon. Ein Projektteam mit engagierten Eltern aus dem Quartier wurde bei der Umsetzung des Bauspielplatzes «Rütihütten» von der GWA begleitet.

Jugendkulturhaus Dynamo

Im Dynamo sind dieses Jahr ca. 16 000 Besuche in den offenen Werkstätten gezählt worden. An 220 Veranstaltungen haben rund 52 000 Personen teilgenommen und das Kursangebot (externe und interne AnbieterInnen) verzeichnete knapp 40 000 Teilnehmende.

Das Dynamo leistet einen wertvollen Beitrag zur Unterstützung von Jugendlichen, die keine Lehrstelle oder keine Anstellung nach der Lehre gefunden haben. Im Verlauf des Jahres wurde das Angebot an Integrationsarbeitsplätzen und Fachpraktika von durchschnittlich 9 auf 16 erweitert.

Das Jugendkulturhaus Dynamo hat im vergangenen Jahr an seinem Erscheinungsbild gearbeitet. In Eigenleistung wurde eine neue Aussenbeleuchtung entwickelt, produziert und montiert, welche die Sicherheit der BesucherInnen erhöht.

Zentrum Karl der Grosse

Gemeinsam mit dem MAGAZIN des Tages-Anzeigers hat das Zentrum Karl der Grosse den Schreibwettbewerb «Ein Tag im Leben», veranstaltet. Über 100 Teilnehmende haben über soziale Themen wie Arbeitslosigkeit, Freizeit, Alter, Behinderung, Ausgrenzung, Illegalität und Schule nachgedacht und zugehört, wenn ihnen die portraitierten Menschen aus ihrem Leben erzählt haben. 20 Beiträge wurden im Zentrum Karl der Grosse ausgestellt, der Siegerbeitrag im MAGAZIN publiziert.

Zusammen mit dem Verein Korza – Kulturaustausch Kosova-Schweiz hat das Zentrum Karl der Grosse zur Beschäftigung mit dem Begriff «Heimat» eingeladen. 21 Frauen und Männer unterschiedlicher Nationalität haben die Frage nach «Heimat» beantwortet und gemeinsam mit einer Fotografin in einer eindrücklichen Ausstellung von Textbildern dokumentiert. Die Vernissage mit über hundert Menschen, ermöglichte nicht nur Begegnungen, sondern löste auch Auseinandersetzung mit Nahem und mit Fremdem aus.

Grenzen im Kopf sprengen und Neues anklingen lassen: Dass dies immer wieder gelingt, ist dem Engagement und Mut all jener zu verdanken, welche die Kooperationsangebote im Zentrum Karl der Grosse aufgreifen. Eindrücklich sichtbar wurde dies auch an der Veranstaltungsnacht «Die lange Nacht kurz lesen», an der Menschen, die im Nebenberuf schreiben, alle Räume des Hauses für literarische Produktion und Reproduktion öffneten. Das Zentrum Karl der Grosse offeriert Infrastruktur für Veranstaltungsbedingungen im Austausch gegen Ideen und Eigeninitiative.

So wird gemeinsam immer wieder neu Kultur geschaffen – 2004 in gegen 200 öffentlichen Veranstaltungen, mehr als die Hälfte davon in Kooperation mit Bewohnern und Bewohnerinnen der Stadt Zürich. Der täglich aktualisierte Webauftritt gewährt Einblicke in die Arbeitsweise, ins Programm, in die Raumvermietung und ins Angebot des Restaurant Karl und fördert die partizipative Arbeitsweise.

Zentrum Klus

Die 14 gut eingerichteten Seminar- und Bewegungsräume sowie die Kapelle und der grosse Saal waren ganzjährig gut ausgelastet und wurden rund 6 300 mal vermietet. Rund 74 000 BesucherInnen aus Stadt und Kanton nutzten das soziokulturelle Zentrum Klus, wobei die Durchmischung von Jung und Alt auch in diesem Jahr bemerkenswert war.

In der zweiten Jahreshälfte fanden die Vorbereitungen für die Umnutzung des Zentrums Klus ab 2005 statt. Das Klubhaus wird von einer privaten Trägerschaft als Selbsthilfezentrum geführt werden und weiterhin dem Elternverein 7 (Ludothek, Mittagstisch) zur Verfügung stehen. Die Räume des Haupthauses werden neu durch das Altersheim verwaltet und weiterhin an private NutzerInnen vermietet. Damit wird das Zentrum als Ort der Begegnung mit Bildungsangeboten, kulturellen Anlässen etc. weiterhin zu einem lebendigen Quartier beitragen.

Gemeinwesenarbeit Zürich Nord

In Seebach hat die GWA zusammen mit dem Quartierverein die Verantwortung für den Quartierentwicklungsprozess übernommen. Sie unterstützt die Quartiergruppen und koordiniert den Dialog mit den verschiedenen Abteilungen der Stadt. Die Zusammenarbeit zeigte bereits erste Resultate: so ist die Verbesserung des Katzenbachparks nach den Vorschlägen aus den Arbeitsgruppen geplant. Durch einen Kreislauf soll die Kreuzung Glattalstrasse/Schaffhauserstrasse entlastet werden. Mit einem niederschweligen Angebot konnte eine Kinderbetreuung eingerichtet werden.

In «Neu-Oerlikon» wurde eine Quartierwerkstatt mit dem TEZET, der ref. Kirche und mit Bewohnern und Bewohnerinnen durchgeführt. Daraus entstanden Bewohnerinitiativen, die sich für die Belebung des Quartiers einsetzen.

Im Schulhaus Birch wurden Möglichkeiten geschaffen, dass auch Gruppen aus dem Quartier die Räume nutzen können und so eine Vernetzung mit dem Quartier entstehen kann. Beispiele sind Spielgruppen und Kinderhütendienste.

In Affoltern will eine Quartiergruppe mit Unterstützung der GWA den Zehntenhausplatz als Begegnungsort beleben und machte Vorschläge zur Verbesserung der Fussgängerübergänge, deren Planung abgeschlossen werden konnte.

An der Schwamendinger Chilbi engagierten sich erstmals drei ausländische Vereine (1/3 der Bevölkerung von Schwamendingen sind AusländerInnen). Sie zeigten damit, dass auch sie sich als SchwamendingerInnen fühlen. Die GWA hat diesen Impuls unterstützt.

Die GWA beteiligt sich an den Legislatorschwerpunkten «Impulse für Zürich Nord» und «Lebensqualität in allen Quartieren» in Seebach.

Gemeinwesenarbeit und Spielanimation 3,4 und 5

Am 1. September wurde der neue Treffpunkt «popcorn» auf der Fritschiwiese offiziell eröffnet. Etwa 300 FestbesucherInnen erfreuten sich an einem bunten kulinarischen und kulturellen Programm. Im Oktober und November konnte am Mittwochnachmittag der selbstverwaltete Cafébetrieb aufgenommen werden. Der «popcorn» Treff steht der Quartierbevölkerung zur privaten Nutzung zur Verfügung.

Im Rahmen des Legislatorschwerpunktes «Lebensqualität in allen Quartieren» im Sihlfeld leitete die GWA, unterstützt vom Kinder- und Jugendpartizipationsprogramm Mega!phon das Projekt «Quartiererkundigungen von Kindern und Jugendlichen». Die daraus resultierende und eindrückliche Dokumentation von Anliegen, Wünschen und Verbesserungsvorschlägen wurde der Stadtverwaltung vorgelegt.

Zum Thema «Abfall im Sihlfeld» fanden unter der Leitung der Fachstelle für Stadtentwicklung, (FSTE) in Zusammenarbeit mit Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) und GWA 3,4 und 5 zwei Workshops statt. Etwa 15 Personen aus dem Quartier haben sich aktiv daran beteiligt.

Das Projekt «Parktante» ist ein niederschwelliges Spiel- und Betreuungsangebot für Kleinkinder im Langstrassenquartier. An drei Vormittagen pro Woche können Eltern ihre Kleinkinder für ein kleines

Entgelt auf dem Spielplatz beim Quartierzentrum Bäckeranlage betreuen lassen. Die Betreuung übernehmen engagierte Mütter aus dem Quartier, die sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben.

Im Oktober 2004 wurde der Verein Nachbarschaftshilfe Kreis 4 gegründet. Die GWA initiierte dieses Projekt in Zusammenarbeit mit den beiden Landeskirchen. Die Vorstandsarbeit des neuen Vereins wurde von Quartierbewohnern und Quartierbewohnerinnen übernommen.

Das Siegerprojekt des Wettbewerbes für die neue Nutzung der Viaduktbögen im Kreis 5 hat die Bedürfnisse der Bevölkerung gut aufgenommen. Die offene Jurierung mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Quartier und die anschliessenden Präsentationen stiessen im Quartier auf Anerkennung.

Im Freizeitbereich verfügt das Quartier Sihlfeld über deutlich weniger Angebote für Kinder und Jugendliche als zum Beispiel die Quartiere 4 und 5. Die Spielanimation hat deshalb das Projekt «Spielinseln» entwickelt, um Primarschulkindern die bestehenden Grünflächen, Spiel- und Freiräume im Sihlfeld bekannt zu machen. An vier Mittwochnachmittagen setzten sich je rund 150 Kinder auf fünf verschiedenen Plätzen auf kreative und spielerische Art mit ihrem Wohnumfeld auseinander. Die Arbeiten der Kinder wurden am Projekt-Abschlussfest im Kulturmarkt ausgestellt.

Die Spielwochen im Wohnquartier Heiligfeld zeigen eine spürbar integrative Wirkung zwischen den Kindern mit schweizerischem Hintergrund und den migrierten Kindern, zwischen den jüngeren und älteren Kindern und den Eltern untereinander. Durchschnittlich 25 Kinder von 5 bis 16 Jahren machten beim vielfältigen Angebot zum Thema Wind mit.

Im Jahr 2004 hat die Spielanimation Kreis 5 mit Unterstützung der IMMO Zürich den Spielgarten im Quartierhaus 5 umgebaut und den Spielbereich vergrössert. An 72 Tagen besuchten rund 850 Kinder vom Babyalter bis ca. 12-Jährige mit 230 Begleitpersonen den aufgewerteten Spielgarten. Dank drei Freiwilligen verwandelte sich ein Teil des Gartens in einen kleinen Gewürz- und Heilpflanzengarten.

Projekt Langstrasse PLUS

Am Wochenende vom 9. und 10. Juli 2004 wurde die Zürcher Langstrasse mit Hilfe von vier Theaterpädagogikstudentinnen der Hochschule für Musik und Theater zu einer grossen Bühne. 50 BewohnerInnen und Gewerbetreibende erzählten zusammen mit Profimusikern und Schauspielern und Schauspielerinnen aus ihrem persönlichen Alltag im Langstrassen-Quartier. Für einen Moment lang war das Dorf im Quartier spürbar, die Alltagsgeschichten bekamen einen Rahmen und die Menschen traten heraus aus ihren Wohnungen auf die Bühne «Langstrasse».

Im Projekt «black voices» wurden Anliegen der Schwarzen Bevölkerung im Langstrassenquartier aufgenommen. In der Folge bildete sich eine Gruppe von ca. 15 Vertretern und Vertreterinnen aus Organisationen und Einzelpersonen aus der «black community», welche nach Massnahmen suchte, um der Stigmatisierung der Schwarzen Bevölkerung entgegen zu wirken. In drei Arbeitsgruppen wurden Projektideen für das Langstrassenquartier erarbeitet.

Am 16. Juni 2004 ist zum ersten Mal die Wandzeitung 4/5 erschienen. Sie informiert entlang der Langstrasse in den Kreisen 4 und 5 über laufende Projekte und Aktivitäten im Quartier, erzählt Geschichte und Geschichten, porträtiert Menschen und stellt in jeder Ausgabe einen thematischen Service-Teil zur Verfügung.

Gemeinwesenarbeit Letzi

In der Grünau wurde im September in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Stadtentwicklung eine Befragung von Passantinnen und Passanten durchgeführt. 120 Personen wurden befragt zur Grünau und zu ihrer Befindlichkeit im Quartier. Die Befragten sind mit der Wohnlage nahe der Erholungszone Limmat und dem vielen Grün sehr zufrieden, ebenso mit den guten Verbindungen der öffentlichen Verkehrs. Kritische Äusserungen kamen zur Autobahn und der Quartiersversorgung. Im November wurde ein Quartierforum in der Grünau mit Stadträtin Kathrin Martelli durchgeführt, an dem über die Themen Verkehr A1, Quartiersversorgung und Baustelle Werdwies informiert und diskutiert wurde. Es war mit rund 100 Personen gut besucht.

Der Rückbau der Siedlung Bernerstrasse fand terminmässig statt. Die Siedlung blieb bis zum Schluss bewohnbar und lebendig und wurde von Künstlern und Künstlerinnen des Vereins FUGE weiter belebt und bespielt bis zum Abbruch im März/April. Das Projekt und die Zusammenarbeit mit den Künstlerinnen und Künstlern war sehr gelungen. Die grosse Mehrheit der ehemaligen SiedlungsbewohnerInnen ist gemäss einer Umfrage mit der neuen Wohnsituation sehr zufrieden.

Die Spielanimation in der Siedlung Farbhof hat regen Zulauf der Kinder und auch das Herbstfest fand grossen Zuspruch seitens der BewohnerInnen. Auch das Sommerfest in der Siedlung Luggweg war ein riesiger Erfolg. Der Aufbau einer BewohnerInnengruppe für die Organisation des nächsten Sommerfestes (8 Personen aus 5 Nationen) ist im Gange.

Gemeinwesenarbeit Süd

Im Sozialzentrum Selnau ist seit dem 1. April 2004 eine GWA-Stelle besetzt. Als Erstes wurde mit einer Sozialraumanalyse für einen Teil des Sozialraums des Sozialzentrums Selnau, d.h. für die Kreise 1, 2 und 3 (ohne Sihlfeld) begonnen. Die sozialräumliche Analyse über die Stadtkreise 2 und 3 (ohne Sihlfeld) steht kurz vor dem Abschluss. 31 Befragungen von Vertreterinnen und Vertretern von Quartiervereinen, soziokulturellen Anbietern, Quartiertreffs und Schlüsselpersonen in den Quartieren fanden statt.

Ende November fand in Zusammenarbeit mit dem GZ Altstadt ein Workshop im Sozialzentrum Selnau statt. Eingeladen waren alle soziokulturellen AnbieterInnen der Stadtkreise 1, 7 und 8. Während des spannenden Anlasses kristallisierten sich wertvolle Ideen heraus, um das Angebot für Erwerbslose und für Familien mit Kindern sinnvoll zu erweitern.

Kontaktstelle für Kinderanliegen und Mega!phon

Im Fokus der Arbeit standen im Jahre 2004 vor allem die Beratung, Begleitung und Unterstützung von andern Organisationen bei der Durchführung ihrer Projekte. So sind in der Siedlung Heiligfeld und im Gemeinschaftszentrum eine neue Kinderkonferenz entstanden. Die «eingeschlafene» Kinderkonferenz im Farbhof wurde von den Kindern erneut ins Leben gerufen.

Nach wie vor wird die Kontaktstelle für Kinderanliegen von verschiedensten Personen aus der Bevölkerung, der Stadtverwaltung, Einrichtungen und Organisationen zu den verschiedensten Themen kontaktiert. Die Kontaktstelle berät die AnruferInnen wo möglich direkt oder leitet die Anliegen an die zuständigen Stellen weiter.

Das Interesse an den «Ideenwerkstätten» und den von der Kontaktstelle für Kinderanliegen organisierten Weiterbildungs- und Austauschveranstaltungen für die soziokulturellen Animatoren und Animatorinnen im Kinderbereich war auch im Berichtsjahr gross.

Nach dem 1. Zürcher Kongress der Kinder im Januar 2004 realisierte Mega!phon zwei Anschlussprojekte: Eine Kindergruppe machte bei den Umwelttagen des Gesundheits- und Umweltdepartements mit und das Kinder-Redaktionsteam hat bereits zum zweiten Mal die Kinderclub-Zeitung herausgegeben.

Freiwilligenarbeit

Das Kerngeschäft der Kontaktstelle für Freiwilligenarbeit ist nach wie vor die Vermittlung von Freiwilligen. Mittels 200 persönlichen Beratungsgesprächen, der gut besuchten Internet-Stellenbörse und dem erfolgreichen monatlichen Inserat «Zürich freiwillig» im Tagblatt der Stadt Zürich hat die Stelle vielen sozialen Institutionen in Zürich – darunter zahlreichen Kontraktpartnern und Kontraktpartnerinnen des Sozialdepartements – engagierte Freiwillige vermittelt. Umgekehrt fanden 93 Personen eine sinnvolle Beschäftigung. Die Datei zählt aktuell 800 Freiwillige. Der Schreibdienst mit Freiwilligen wird seit dem Berichtsjahr in 4 Sozialzentren angeboten.

80 RAV-Mitarbeitende und Verantwortliche für Freiwilligenarbeit besuchten die Tagung am 8. Juni zum Thema «Freiwilligenarbeit und Erwerbslosigkeit – Möglichkeiten und Grenzen».

Ferienlager Fiesch und Ferienkurse

Das Zürcher Sportferienlager in Fiesch feierte dieses Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. Die 720 Plätze waren auch dieses Jahr wieder innert Monatsfrist ausgebucht. Das soziokulturelle Programm bot den Jugendlichen 17 unterschiedliche Kurse und diverse Freizeitveranstaltungen an. Die zwei grossen Disco-Abende und die kleinen Musiktreffs wurden von den Jugendlichen teilweise selbstständig organisiert und gestaltet. Wo nötig holten sie sich gezielt Unterstützung. Das Jubiläums-Fest mit Jahrmärkten, diversen Wettbewerben, einer Feuershow sowie einem Gutenacht-Feuerwerk war ein voller Erfolg.

Das Angebot Ferienkurse im Dynamo («dynamic days») konnte das 2. Jahr durchgeführt werden. In den Sport- und Frühlingsferien nahmen 102 Jugendliche im Alter von 11–15 Jahren an dem Ganztagesprogramm teil. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 30%.

Soziokultur MOBIL

Das MOBIL war im Jahre 2004 insgesamt 34 Mal im Einsatz. Einige Veranstaltungen sind neu dazu gekommen und viele bestehende etablieren sich im Stadtzürcher MOBIL-Kulturkalender. So wird zum Beispiel das Gratis Open Air an bester Lage auf der Werdinsel auch nach Jahren nach wie vor von Jugendlichen erfolgreich organisiert und durchgeführt. Auch Zürcher Zünfte profitierten am Sechsläuten wieder von der Vielseitigkeit des MOBILs. Dank Networking mit dem Projekt Mega!phon entstand der Kontakt zu den Organisatoren und Organisatorinnen des neu entstandenen Open Air Konzertes in Witikon. Der Anlass war erfolgreich und wird im nächsten Jahr wiederholt.

Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2004)

Volks- und Einzelinitiativen, welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

| | | |
|-----|---------------------------------|---|
| EIS | = Einzelinitiative Stimmbürger | (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung) |
| EIR | = Einzelinitiative Ratsmitglied | (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung) |
| VI | = Volksinitiative | (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung) |

| | | |
|-------------|------------|--------------------------|
| VI | 17.04.2002 | Grüne |
| 2002/000759 | 29.05.2002 | Kinderbetreuung konkret! |
| 2002/000125 | | |

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird wie folgt geändert:

Art. 2^{bis} (neu): Die Stadt Zürich gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulzeit.

Der Stadtrat hat mit Weisung 213 vom 7. April 2004 dem Gemeinderat einen Antrag auf Ablehnung und einen Gegenvorschlag unterbreitet. Das Geschäft wird aktuell in der Spezialkommission des Gemeinderates für das Präsidialdepartement und das Schul- und Sportdepartement beraten. Sobald diese Beratungen abgeschlossen sind und der Gemeinderat seinen Entscheid gefällt hat, kann die Volksabstimmung anberaumt werden.

Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2004)

Motionen und Postulate, welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)
 POS = Postulat (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

I. Unerledigte

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|---|----------------------------|---|
| POS 2001/002256 2001/000595 | 25.08.1999 21.11.2001 | Bögle Heinz und Dettli Reto Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums |
| <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.</p> <p><i>Der Stadtrat plant, auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier einen Schulhaus-Neubau mit integriertem Quartierzentrum zu erstellen, das den Anliegen des Postulats Rechnung tragen würde. Das Areal Schütze ist in kantonalem Besitz, die Stadt Zürich soll es aber im Abtausch mit dem Schulhaus Kornhaus zum Überbauen erhalten. Momentan läuft auf kantonaler Ebene die Referendumsfrist zum Landabtausch zwischen Stadt und Kanton Zürich. Sobald der Kanton grünes Licht gegeben hat, wird der zur Zeit sistierte Wettbewerb zum Schützeareal wieder aufgerollt und die Planung des Schulhaus-Neubaus mit integriertem Quartierzentrum vorangetrieben.</i></p> | | |
| POS 2000/001797 2000/000455 | 20.09.2000 25.10.2000 | Prelicz-Huber Katharina Kinder- und jugendgerechte Stadt, departementsübergreifendes Gesamtkonzept |
| <p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein departementsübergreifendes Gesamtkonzept für eine kinder- und jugendgerechte Stadt, das Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen beinhaltet, erarbeitet werden kann.</p> <p><i>Im Frühjahr 2004 wurde eine Befragung von 500 repräsentativ ausgewählten Jugendlichen durchgeführt, die ein Bild über die aktuelle Befindlichkeit Jugendlicher in der Stadt Zürich liefert. Das Pädagogische Institut der Universität Zürich erstellte eine Recherche über die aktuelle Forschungsliteratur über Jugendliche. Diese beiden Berichte liefern zusammen mit den im Jahr 2003 erarbeiteten Thesen der Fachleute die Grundlage für das in Arbeit befindliche Jugendkonzept.</i></p> | | |
| POS 2001/002469 2001/000658 | 19.12.2001 07.04.2004 | Di Concilio Salvatore und 6 Mitunterzeichnende Kindertreff, Realisierung im Kreis 3 |
| <p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein Kindertreff im Kreis 3, in der Umgebung des Schulhauses Aemtlar, verwirklicht werden kann.</p> | | |
| POS 2002/001768 2002/000366 | 25.09.2002 29.01.2003 | Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, Erstellung eines Berichtes |
| <p>Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen detaillierten Bericht zu Struktur, Organisation, Vernetzungen, bisheriger und erwarteter Entwicklung und zu den Problemfeldern der aktuellen Drogenpolitik der Stadt Zürich vorzulegen.</p> <p><i>Mit Weisung 235 vom 30 Juni 2004 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den gewünschten Bericht überwiesen und Antrag auf Abschreibung des Postulates gestellt. Das Geschäft wird aktuell in der gemeinderätlichen Spezialkommission für das Sozialdepartement beraten.</i></p> | | |

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|---|
| POS 2003/002625 2003/000441 | 19.11.2003 17.12.2003 | Sozialdemokratische Partei Fraktion und Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion und Grüne/AL Fraktion und Christlichdemokratische Volkspartei, EVP Fraktion Behinderte, Fachpersonen in Ämtern als Anlaufstellen für deren Anliegen |

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, in all jenen Ämtern oder Verwaltungsabteilungen, deren Tätigkeit die Anliegen von Menschen mit einer Behinderung betreffen, eine Fachperson zu bezeichnen, welche als Anlauf- und Koordinationsstelle für diese Anliegen verantwortlich ist. Die Vernetzung zwischen diesen Stellen ist zu gewährleisten. Dies muss budgetneutral erfolgen.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2004/000574 2004/000153 | 24.03.2004 02.06.2004 | Brändle Galliker Anna Jugendarbeitslosigkeit, Massnahmenpaket zur Senkung |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einem geeigneten Massnahmenpaket die erschreckend hohe Zahl der erwerbslosen Jugendlichen gesenkt werden kann. Dies soll durch eine Intensivierung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes und einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem städtischen Gewerbe und mit den in Zürich angesiedelten Grossfirmen, sowie einer Erhöhung des städtischen Lehrstellenangebots erreicht werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|
| POS 2004/000614 2004/000164 | 31.03.2004 09.06.2004 | Lauber Gerold und Leiser Albert Sozialdepartement, Aufwandverminderung für das Jahr 2005 |
|-----------------------------------|--------------------------|---|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Nettoaufwand für die nicht durch kantonale oder eidgenössische Gesetze gebundenen Ausgaben im Sozialbereich mit dem Voranschlag 2005 gegenüber dem Voranschlag 2004 um 10 Millionen vermindert werden kann. Damit soll mindestens ein Teil der steigenden Kosten bei den gebundenen Ausgaben und der Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen 04 des Kantons aufgefangen werden.

Die Kürzungen sollen bei folgenden Produktgruppen vorgenommen werden:

in erster Priorität:

- Führungsunterstützung und Koordination
- Spezialaufgaben
- Soziokulturelle Begegnungsmöglichkeiten und Gemeinwesenentwicklung
- Drogenhilfe
- Ergänzende spezialisierte Beratungsangebote

in zweiter Priorität:

- Wohnen und Obdach
- Soziale Integration

Der Gemeinderat ist zusammen mit dem Voranschlag über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag 2005 hat das Sozialdepartement Massnahmen zur Kostensenkung ergriffen oder diese bei den zuständigen Instanzen unterstützt, wodurch das Nettoergebnis um Fr. 8.9 Mio. reduziert werden konnte. Konkret handelt es sich um Einsparungen durch einen Leistungsabbau und -umbau (Fr. 3.0 Mio.), durch den Abbau des Overheads (Fr. 1.5 Mio.) und durch wegfallende Kontokorrentzinsen mit dem Verzicht auf die Fortführung des Globalbudgets im EAM (Fr. 0.7 Mio.) in den Sozialen Einrichtungen und Betrieben, um Mehrerträge im Laufbahnzentrum durch die Einführung der Kostenpflicht für Erwachsene (Fr. 0.5 Mio.) und um eine Aufwandsminderung in den Sozialen Diensten durch die Halbierung des Grundbedarfs 2 (Fr. 3.2 Mio.). Somit konnten in kürzester Zeit bereits 89% des im Postulat geforderten Betrages erreicht werden; das Sozialdepartement prüft auch im laufenden Jahr, wie weitere Kostenersparnisse erzielt werden können.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|--|
| POS 2004/000716 2004/000202 | 07.04.2004 23.06.2004 | Recher Anja und Herzig Muriel Soziale Dienste, Schaffung zusätzlicher Stellen |

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Schaffung zusätzlicher Stellen in den Sozialen Diensten auf die steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe reagiert werden kann. Mit der Massnahme soll der Überlastung der MitarbeiterInnen in der Fallbearbeitung entgegengewirkt sowie der Qualitätsstandard erhalten werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|
| MOT 2004/000922 2004/000279 | 02.06.2004 01.09.2004 | Müller Yvonne und 7 Mitunterzeichnende Zentrum Klus, Weiterführung |
|-----------------------------------|--------------------------|---|

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage für die Weiterführung des Zentrums Klus für die Stadt- und Quartierbevölkerung auszuarbeiten. Es soll geprüft werden, ob die Weiterführung auch mit einem geringeren jährlichen Betriebsbeitrag möglich ist als bisher.

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für welche der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|---|
| POS 2001/000008 2000/000616 | 20.12.2000 17.04.2002 | Schwyn Markus und Mettler Christian Globalbudget Ergänzender Arbeitsmarkt, Rückführung ins Remo-Budget |

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Globalbudget Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM) abgeschafft und das Rechnungswesen auf diesem Gebiet inskünftig nach der Struktur der Remo-Budgets geführt werden kann.

Der Ergänzende Arbeitsmarkt (EAM) wurde per 1. Januar 2005 mit dem Amt für Soziale Einrichtungen (ASE) zur neuen Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) zusammengeführt. Diese neue Dienstabteilung verfügt über ein Budget gemäss Remo.

Das Postulat ist damit erfüllt und kann abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| MOT 2001/000625 2001/000164 | 21.03.2001 22.05.2002 | Fraktion Sozialdemokratische Partei Kinderbetreuungsplätze, Schaffung zusätzlicher Angebote |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, damit 800 zusätzliche familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen werden können. Damit soll der nach wie vor grosse Nachfrageüberhang gedeckt werden.

Die familienergänzende Betreuung im Frühbereich wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Jedes dritte Kind in der Stadt Zürich besucht eine Kindertagesstätte. Damit hat Zürich die beste Versorgung in der deutschen Schweiz.

Bei der Einreichung der Motion standen 2 730 Betreuungsplätze in 119 Kindertagesstätten zur Verfügung. Ende 2004 standen 3 590 Betreuungsplätze in 146 Kindertagesstätten zur Betreuung von über 5 000 Kindern zur Verfügung. Der grosse Ausbau ist auf die Initiative der privaten Trägerschaften zurückzuführen. 2004 hat das Sozialdepartement 50% der Betreuungsplätze (inkl. städtische) subventioniert und dafür rund Fr. 31,5 Mio. – davon Fr. 7,2 Mio. für städtische Kindertagesstätten, aufgewendet. Der Rahmenkredit von 25 Mio. für private Kindertagesstätten wird 2005 erstmals vollständig ausgeschöpft.

Der in der Motion geforderte Ausbau des Angebots um 800 Betreuungsplätze ist damit erfüllt. Die Motion kann abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2001/000970 2001/000249 | 09.05.2001 11.09.2002 | Bertogg-Baudet Simone und 6 Mitunterzeichnende Familienzentren, Förderung in den Quartieren |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Familienzentren in Quartieren vermehrt gefördert und unterstützt werden können.

Die Familienzentren erzielen eine grosse Wirkung im Quartier. Sie stärken die sozialen Netze im Wohnumfeld, nutzen und fördern die Kompetenzen der QuartierbewohnerInnen, wirken der Isolation von Müttern mit Kleinkindern entgegen, erhalten und fördern deren Kompetenzen während der familienbedingten Berufspause und haben eine integrative Wirkung, indem sie die Familien ins Quartierleben einbeziehen und QuartierbewohnerInnen zur Übernahme von Aufgaben im Gemeinwesen ermutigen.

Das Sozialdepartement ist der Ansicht, dass den Familienzentren eine grosse Bedeutung zukommt. Aus diesem Grund hat es eine Leistungsvereinbarung mit den beiden Familienzentren in Zürich, dem Zentrum ELCH in Oerlikon und dem Zentrum Krokodil in Schwamendingen.

Das Modell der Familienzentren basiert aber klar auf der Initiative und dem Engagement der Eltern: Die Eltern selbst führen das Zentrum und erstellen das Angebot entsprechend der Nachfrage und den vorhandenen Ressourcen. Daher werden Familienzentren nicht von der Stadt selber eingerichtet. Wo jedoch eine Initiative zu einem Familienzentrum entsteht, wird dessen Aufbau und Betrieb nach Möglichkeit unterstützt, sofern in der Umgebung noch keines besteht.

Das Postulat kann damit abgeschrieben werden.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|---|
| POS 2001/001258 2001/000341 | 20.06.2001 18.12.2002 | Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Wipkingen, Schaffung eines Freizeitangebots für Jugendliche |

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Wipkingen für und mit Jugendlichen ein niederschwelliges Freizeitangebot geschaffen werden kann.

Am 22. September 2004 hat der Stadtrat einem dreijährigen Projektkredit für OJA (Offene Jugendarbeit Zürich) Wipkingen unter der Leitung des gleichnamigen Vereins OJA für die Jahre 2005–2008 zugestimmt.

Bereits in den Jahren 2003 und 2004 wurden in enger Zusammenarbeit mit Quartier-Exponenten erste Aufbauarbeiten für ein Freizeitangebot geleistet. Mit einer umfangreichen Bedarfserhebung, welche Jugendliche und Schlüsselpersonen aus dem Quartier einbezog, wurde der genaue Bedarf nach Angeboten eruiert und die Anfänge für eine offene Jugendarbeit gelegt. Mega!phon, das Programm des Sozialdepartements zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation in den Quartieren, hat dabei aktive Unterstützung geboten. Zwei 60%-Stellen konnten mit kompetenten Mitarbeitenden besetzt werden. Auch die Raumfrage wurde sinnvoll gelöst. An zentraler Lage, im Bahnhof Wipkingen, mietete OJA Wipkingen einen Büroraum als Stützpunkt resp. Drehscheibe.

Das Postulat kann damit abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2001/001872 2001/000475 | 26.09.2001 18.12.2002 | Marthaler Thomas Sozialzentren, Vernetzung mit Behörden und fürsorgerisch/sozial tätigen Vereinen |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in den Sozialzentren Stellen bezeichnet werden könnten, welche die Vernetzung mit den Behörden sowie den fürsorgerisch und sozial tätigen Vereinen in den Quartieren herstellen und institutionalisieren.

Mit der Schaffung der Sozialzentren sind die Zuständigkeiten und Zugänge in den jeweiligen Sozialregionen gebündelt worden.

Als erste Ansprechstellen für Fragen rund um die ambulante soziale Grundversorgung (Existenzsicherung, Kinder- und Erwachsenenschutz, Jugend- und Familienhilfe, etc.) haben sich die Intakes der Sozialzentren gut etabliert.

Den VertreterInnen von Behörden, grossen Institutionen und Allianzpartnern in den Sozialregionen stehen die Zentrumsleitungen als Kontaktstelle zur Verfügung. Die regionale Zusammenarbeit wurde vielerorts intensiviert und institutionalisiert, Absprachen getroffen und Abläufe verbessert.

Die Gemeinwesenarbeit als gut vernetzte Anlaufstellen für vielfältige soziale und soziokulturelle Anliegen oder Vorhaben unterstützt Vereine, Einzelne und Gruppen bei der Umsetzung ihrer Ideen, hilft Türen in der Verwaltung öffnen und vernetzt Private, Gremien und QuartierbewohnerInnen.

Das Postulat kann somit abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|
| POS 2004/000337 2004/000062 | 04.02.2004 03.03.2004 | Erfigen Monika und Tuena Mauro Sozialhilfe, Berücksichtigung erwerbstätiger Konkubinatspartner |
|-----------------------------------|--------------------------|---|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das neue Urteil des Bundesgerichts, wonach bei Zusammenleben eines Paares mit einem gemeinsamen Kind beim Sozialhilfe beanspruchenden Partner die finanziellen Verhältnisse des erwerbstätigen Konkubinatspartners berücksichtigt werden dürfen, auch in der Stadt Zürich umgesetzt werden kann.

Die Sozialbehörde der Stadt Zürich hat am 8. Juni 2004 neue, auf das Bundesgerichtsurteil gestützte Richtlinien für den «Umgang mit Konkubinatspaaren» erlassen. Damit wird die neue Bundesgerichtspraxis in der Stadt Zürich vollumfänglich umgesetzt.

Das Postulat kann somit abgeschrieben werden.

Berufsberatung

Tabelle 1 Anzahl der Beratungsfälle

| | männlich | weiblich | Total |
|--|----------|----------|-------|
| Total individuelle und kollektive Beratungsfälle | | | 6 759 |
| Davon Fortbildungsjahr SHL (Schule für Haushalt- und Lebensgestaltung) | | 176 | |
| Davon Berufswechsellkurse | | 49 | |
| Total individuelle Beratungsfälle | 2 966 | 3 568 | 6 534 |
| Davon RAV-Fälle | | | 1 287 |

Tabelle 2 Altersgliederung der Ratsuchenden (von den abgeschlossenen Fällen)

| | männlich | weiblich | Total |
|-------------------|----------|----------|-------|
| bis 15 Jahre | 785 | 811 | 1 596 |
| 16–17 Jahre | 474 | 450 | 924 |
| 18–19 Jahre | 195 | 240 | 435 |
| 20–24 Jahre | 357 | 522 | 879 |
| 25–29 Jahre | 337 | 468 | 805 |
| 30–39 Jahre | 500 | 686 | 1 186 |
| 40–49 Jahre | 239 | 300 | 539 |
| 50 und mehr Jahre | 79 | 91 | 170 |
| Total | 2 966 | 3 568 | 6 534 |

Tabelle 3 Beratungsschwerpunkte

| | männlich | weiblich | Total |
|---|----------|----------|-------|
| <i>Fragestellungen, Anlässe</i> | | | |
| 1. Berufs-, Studienwahl | 1 023 | 1 070 | 2 093 |
| 2. Lehrstellensuche | 873 | 804 | 1 677 |
| 3. Probleme während der Ausbildung | 89 | 97 | 186 |
| 4. Laufbahnplanung, Karriereplanung, Neuorientierung | 1 065 | 1 580 | 2 645 |
| 5. Beruflicher Wiedereinstieg | 25 | 54 | 79 |
| 6. Arbeitslosigkeit | 415 | 371 | 786 |
| 7. Finanzielle Fragen | 333 | 464 | 797 |
| 8. Persönliche, soziale Probleme | 242 | 286 | 528 |
| 9. Integrationsfragen (AusländerInnen) | 153 | 209 | 362 |
| <i>Lösungswege, Bildungsziele</i> | | | |
| 10. Verbleib in aktueller Situation (Bildung/Arbeit) | 269 | 369 | 638 |
| 11. Zwischenlösung, Praktikum, Beschäftigungsprogramm | 489 | 498 | 987 |
| 12. Berufslehre, Anlehre, Vorlehre | 1 073 | 1 101 | 2 174 |
| 13. Berufsmaturitätsschule | 156 | 199 | 355 |
| 14. Diplommittelschule, Verkehrsschule | 28 | 73 | 101 |
| 15. Gymnasium, Lehrerseminar | 96 | 126 | 222 |
| 16. Höhere Berufsbildung | 349 | 498 | 847 |
| 17. Fachhochschule, Pädagogische Hochschule | 196 | 307 | 503 |
| 18. Universität, ETH | 34 | 49 | 83 |
| 19. Nachdiplomstudium | 49 | 80 | 129 |
| 20. Kurs (Erwachsenenbildung im Quartärbereich) | 328 | 562 | 890 |
| 21. Berufliche Selbständigkeit | 59 | 70 | 129 |
| 22. Psychosoziale Beratung | 83 | 68 | 151 |
| 23. Stellensuche/Erwerbstätigkeit | 432 | 542 | 974 |

Tabelle 4 Berufswahlvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit

| | Total |
|--|--------|
| Klassenbesprechungen | 227 |
| BIZ | 122 |
| Schulhaus | 105 |
| Veranstaltungen für Eltern und Lehrpersonen | 87 |
| Vermittelte Schnupperlehren (BERA 57 / REAL 180) | 237 |
| Referate | 74 |
| Beiträge in Medien | 70 |
| Praktikantenbetreuung | 26 |
| Kurse (Offene Schreibwerkstatt, Berufswechsel, Laufbahnplanung an Berufsschulen) | 171 |
| davon CH-Q | 5 |
| Informationsveranstaltungen | 81 |
| davon Berufe an der Arbeit | 14 |
| Anzahl TeilnehmerInnen | 16 852 |
| Anzahl TeilnehmerInnen ohne «Berufe an der Arbeit» | 3 952 |
| Schulhausprechstunden | |
| Anzahl Präsenzen | 747 |
| Stundenaufwand | 2 020 |
| BIZ-Präsenzen (BERA 194, INDO inkl. Springer 323) | 517 |

Tabelle 5 Auskunftserteilung des Berufsinformationszentrums

| | Total |
|--|--------|
| BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin | 4 751 |
| BesucherInnen, die sich selbst informieren | 13 931 |
| Telefonische Auskünfte | 1 754 |
| Schriftliche Auskünfte | 433 |
| Interne Informationen an BerufsberaterInnen | 955 |
| Besuche in Gruppen oder Schulklassen | 3 700 |
| Total der Auskunftsleistungen | 25 524 |

Tabelle 6 Realisierungsunterstützung der Lehrstelleninformation/-vermittlung

| | Total |
|--|--------|
| Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen | 3 281 |
| Abgegebene Lehrstellenlisten (LENA) | 57 281 |
| Gezielt abgegebene Lehrstellenadressen | 712 |
| BesucherInnen | 9 929 |
| Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (LENA) | 800 |
| Telefonische Kontakte mit Lehrbetrieben | 8 912 |
| Kontakte mit BerufsberaterInnen | 1 575 |

Tabelle 7 Ausbildungsbeiträge: Unterscheidung nach Fonds

| | Anzahl | Betrag |
|--------------------------------|------------|------------------|
| Städtische Stipendien | 321 | 1 010 500 |
| StadtbürgerInnenfonds | 19 | 74 700 |
| Ausbildungsdarlehen | 0 | 0 |
| Stipendienstiftungen (private) | 141 | 705 930 |
| Total | 481 | 1 791 130 |

Tabelle 8 Ausbildungsbeiträge: Unterscheidung nach Bildungsgängen

| | Anzahl (ohne Beiträge Stiftungen) | Betrag |
|------------------------------|-----------------------------------|------------------|
| 10. Schuljahr | 82 | 113 500 |
| Maturitätsschulen | 27 | 62 600 |
| Berufslehren | 31 | 65 600 |
| Vor-, Aus- und Weiterbildung | 149 | 282 100 |
| Fach(hoch)schulen | 93 | 273 600 |
| Hochschulen | 99 | 287 800 |
| Total | 481 | 1 085 200 |

Amt für Soziale Einrichtungen

Familienergänzende Betreuung

Tabelle 1 Belegung 2004 nach Einrichtungen

| Einrichtung | Verfügbare Plätze | Zahl der Klientinnen/ Klienten | effektive Betreuungstage | Auslastung in % |
|--|-------------------|-----------------------------------|--------------------------|---------------------|
| 5540.00.52 Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden) | 62 | 154 | 14 548 | 101.1 |
| 5540.00.53 Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies) | 152 | 353 | 37 786 | 100.5 |
| 5540.00.54 Kinderkrippen Krankheime (Krippen Käferberg und Mattenhof) | 34 | 65 | 7 018 | 103.5 |
| 5540.00.55 Tagesbetreuungszentrum Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg) | 58 | 114 | 14 582 | 101.9 |
| 5540.00.56 Im Kehr, Gais | 13 ¹⁾ | 256 ¹⁾ | 3 364 ¹⁾ | 98.4 ²⁾ |
| Total Familienergänzende Betreuung | 319 | 942 | 77 298 | 100.2 ³⁾ |

Tabelle 2 Belegung 2004 nach Produkten

| Einrichtung | Verfügbare Plätze | Zahl der Klientinnen/ Klienten | effektive Betreuungstage | Auslastung in % |
|--|-------------------|-----------------------------------|--------------------------|---------------------|
| 3.90.23 Familienunterstützende sozialpädagogische Dienstleistungen | 13 ¹⁾ | 256 ¹⁾ | 3 364 ¹⁾ | 98.4 ²⁾ |
| 3.90.01 Krippen | 306 | 686 | 73 934 | 101.2 |
| Total Familienergänzende Betreuung | 319 | 942 | 77 298 | 100.2 ³⁾ |

Tabelle 3 Betriebskosten 2004 nach Einrichtungen

| Einrichtung | Betriebsausgaben ⁴⁾ | Betriebs-einnahmen | Betriebs-ergebnis | Anteil der Taxen in % |
|--|--------------------------------|--------------------|-------------------|-----------------------|
| 5540.00.52 Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und In Böden) | 2 196 580 | 716 922 | - 1 479 658 | 91 |
| 5540.00.53 Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies) | 4 595 249 | 1 665 046 | - 2 930 203 | 87 |
| 5540.00.54 Kinderkrippen Krankheime (Käferberg und Mattenhof) | 903 543 | 271 576 | - 631 967 | 96 |
| 5540.00.55 Tagesbetreuungszentrum Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg) | 1 901 438 | 321 700 | - 1 579 738 | 95 |
| 5540.00.56 Im Kehr, Gais | 891 500 | 171 662 | - 719 838 | 88 |
| Ergebnis Familienergänzende Betreuung | 10 488 310 | 3 146 906 | - 7 341 404 | 89 |

Tabelle 4 Betriebskosten 2004 nach Produkten

| Produkt | Betriebs- ausgaben ⁴⁾ | Betriebs- einnahmen | Betriebs- ergebnis | Anteil der Taxen in % |
|--|-------------------------------------|------------------------|-----------------------|--------------------------|
| 3.90.23 Familienunterstützende sozialpädagogische Dienstleistungen | 891 500 | 171 662 | - 719 838 | 88 |
| 3.90.01 Krippen | 9 596 810 | 2 975 244 | - 6 621 566 | 89 |
| Total Familienergänzende Betreuung | 10 488 310 | 3 146 906 | - 7 341 404 | 89 |

- 1) Der Betrieb Im Kehr in Gais wurde per Ende Oktober 04 eingestellt. Die Angaben beziehen sich deshalb auf den Stichtag des 31.10.2004
- 2) Die kumulierte Auslastung des Haus Im Kehr in Gais war per Ende Oktober nicht mehr repräsentativ, da der Betrieb im Oktober aufgrund der Schliessung bereits reduziert war.
Die kumulierte Auslastung per Ende September war repräsentativ und betrug 104.1%.
- 3) Die totale kumulierte Auslastung wurde durch die Schliessung des Haus Im Kehr in Gais per Ende Oktober negativ beeinträchtigt. Die Zielvorgabe sah den ganzjährigen Betrieb in allen Einrichtungen vor.
Die Zielvorgabe wurde trotz unterjähriger Schliessung des Betriebes in Gais und einer Zielvorgabensteigerung im Vergleich zum Vorjahr erreicht.
- 4) Direkte Bruttokosten ohne Anteile FEB-Leitung und ASE-Overhead

Wohn- und Obdachlosenhilfe

Tabelle 5 Begleitetes Wohnen (BeWo)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|---|---------|---------|
| Verfügbare Wohnplätze | 352 | 339 |
| Durchschnittliche Belegung | 321 | 320 |
| Total Aufenthaltstage | 117 321 | 116 627 |
| KlientInnen mit externem Mietverhältnis | 5 | 8 |
| Anzahl Kontakte mit BewohnerInnen (Hausbesuche, Gespräche, ...) | 9 598 | 9 125 |
| Anzahl verschiedene Liegenschaften | 51 | 42 |
| davon Liegenschaften Dritter (externe Betreuungsverhältnisse) | 12 | 8 |
| Vorabklärungen | 2004 | 2003 |
| Telefonische Auskünfte, Beratungen und Abklärungen | 526 | 721 |
| Persönliche Informationsgespräche | 58 | 111 |
| Persönliche Aufnahmegespräche | 176 | 188 |
| Total | 760 | 1 020 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres | 324 | 308 |
| Anzahl Eintritte | 83 | 117 |
| Anzahl Austritte | 109 | 101 |
| davon eigene Wohnmöglichkeiten | 48 | 25 |
| davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.) | 6 | 8 |
| davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz | 39 | 38 |
| davon infolge Mietzinsrückständen | 2 | 1 |
| davon verstorben | 5 | 15 |
| davon andere | 9 | 14 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres | 298 | 324 |
| Geschlecht (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 74 | 76 |
| Anzahl Männer | 244 | 250 |
| Total | 318 | 326 |
| Verteilung nach Herkunftsort (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl StadtzürcherInnen | 318 | 326 |

Anmerkung: In den Rubriken «Fluktuation», «Geschlecht» und «Verteilung nach Herkunftsort» wurden die KlientInnen mit externen Mitverhältnissen mitgezählt.

Tabelle 6 Begleitetes Wohnen Plus (BeWo Plus)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|-------------|--------------|
| Verfügbare Wohnplätze | 17 | 13 |
| Durchschnittliche Belegung | 14 | 11 |
| Total Aufenthaltstage/Übernachtungen | 4988 | 4 048 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres | 9 | 13 |
| Anzahl Eintritte | 25 | 18 |
| Anzahl Austritte | 18 | 22 |
| davon eigene Wohnmöglichkeit | 2 | 1 |
| davon in andere WOH-Institutionen | 2 | 8 |
| davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.) | 3 | |
| davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz | 9 | 10 |
| davon infolge Mietzinsrückständen | | 1 |
| davon andere Gründe | 2 | 2 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres | 16 | 9 |
| Geschlecht (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 6 | 4 |
| Anzahl Männer | 9 | 8 |
| Total | 15 | 12 |
| Verteilung nach Herkunftsort (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl StadtzürcherInnen | 15 | 12 |

Tabelle 7 Bürgerstube (BS)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|--------------|--------------|
| Verfügbare Wohnplätze | 26 | 28 |
| Durchschnittliche Belegung | 17 | 25 |
| Total Aufenthaltstage/Übernachtungen | 6 341 | 8 976 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres | 26 | 26 |
| Anzahl Eintritte | 17 | 40 |
| Anzahl Austritte | 43 | 40 |
| davon eigene Wohnmöglichkeiten | 18 | 14 |
| davon in andere WOH-Institution | 1 | 6 |
| davon in vergleichbare Institutionen | 12 | 2 |
| davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.) | 1 | 5 |
| davon verstorben | | |
| davon andere | 11 | 13 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres | 0 | 26 |
| Geschlecht (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 5 | 8 |
| Anzahl Männer | 14 | 20 |
| Total | 19 | 28 |

| Verteilung nach Herkunftsort (alle Aktive) | 2004 | 2003 |
|--|-----------|-----------|
| Anzahl StadtzürcherInnen | 18 | 27 |
| Anzahl Übrige | 1 | 1 |
| Total | 19 | 28 |

Anmerkung: Bis Herbst 2002 waren 4 Doppelzimmer aus sozialen Gründen mit 4 Einzelpersonen belegt.

Tabelle 8 Junges Wohnen (JuWo)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|-----------|-----------|
| Verfügbare Wohnplätze | 45 | 41 |
| Durchschnittliche Belegung | 39 | 36 |
| Total Aufenthaltstage (Übernachtungen) | 14 163 | 13 170 |
| Anzahl Kontakte mit BewohnerInnen | 7 529 | 7 693 |
| Anzahl verschiedene Liegenschaften | 3 | 3 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres | 37 | 31 |
| Anzahl Eintritte | 39 | 41 |
| Anzahl Austritte | 37 | 35 |
| davon eigene Wohnmöglichkeiten | 15 | 14 |
| davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz | 7 | 12 |
| davon andere Gründe | 15 | 9 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres | 39 | 37 |
| Geschlecht (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 24 | 23 |
| Anzahl Männer | 18 | 15 |
| Total | 42 | 38 |
| Verteilung nach Herkunftsort (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl StadtzürcherInnen | 28 | 30 |
| Anzahl Übrige | 14 | 8 |
| Total | 42 | 38 |

Tabelle 9 Magazindienst (MD)

| Auftragsübersicht | 2004 | 2003 |
|---|-------|-------|
| Angemeldete Aufträge | 1 435 | 1 390 |
| Durchgeführte Aufträge | 1 345 | 1 313 |
| davon Exmissionen durchgeführt | 95 | 106 |
| davon Einlagerungen | 284 | 291 |
| davon Auslagerungen | 217 | 220 |
| davon Möblierungen von Wohg./Zi. | 169 | 186 |
| davon Liquidationen | 72 | 56 |
| davon Umzüge/Räumungen | 233 | 220 |
| davon «Übrige»** | 275 | 234 |
| Maximale Lagerkapazität in m ³ | 3 200 | 3 200 |
| Durchschnittliche Auslastung pro Jahr | 2 982 | 3 028 |

** Depotliquidationen, Teilauslagerungen, zusätzliche Einlagerungen, Aussortieren von Lagerposten, Aussuchen von Hausrat, Schenkungen abholen, Wohnungsabgaben, Abraumentsorgung

Tabelle 10 Notbetten für Randständige (NoR)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--------------------------------------|-------|-------|
| Verfügbare Betten (Durchschnitt) | 16 | 12 |
| Durchschnittliche Belegung | 7 | 6 |
| Total Aufenthaltstage/Übernachtungen | 2 382 | 2 312 |

Tabelle 11 Notschlafstelle (NST)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|--------|--------|
| Verfügbare Betten (Durchschnitt) | 41 | 43 |
| Durchschnittliche Belegung | 28 | 32 |
| Total Aufenthaltstage/Übernachtungen | 10 073 | 11 823 |
| Geschlecht (alle Übernachtungen) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 2 088 | 2 328 |
| Anzahl Männer | 7 985 | 9 495 |
| Total | 10 073 | 11 823 |
| Verteilung nach Herkunftsort (alle Übernachtungen) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Stadtzürcherinnen | 9 768 | 11 531 |
| Anzahl Übrige | 305 | 292 |
| Total | 10 073 | 11 823 |

Tabelle 12 Notwohnungen (NW)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|-------------|-------------|
| Verfügbare Wohnungen (Durchschnitt) | 201 | 204 |
| Durchschnittliche Belegung | 188 | 193 |
| Durchschnittliche Anzahl Personen (Familienangehörige/Rentner) | 682 | 716 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand Mietverhältnisse per 31.12. des Vorjahres | 186 | 185 |
| Anzahl Neueintritte (1. Mietverhältnis) | 99 | 110 |
| Anzahl Austritte | 92 | 109 |
| davon eigene Wohnmöglichkeiten | 80 | 102 |
| davon Ausschluss | 2 | 5 |
| davon andere | 10 | 2 |
| Bestand Mietverhältnisse per 31.12. des Berichtsjahres | 193 | 186 |
| Umsiedlungen / Kontakte | 2004 | 2003 |
| Anzahl durchgeführte Umsiedlungen innerhalb der Einrichtung | 26 | 47 |
| Anmeldung / In Take | 321 | 374 |
| Erst- und Vertragsgespräche / Hausbesuche | 1 235 | 1 049 |

Tabelle 13 Wohnwerkstatt (WW)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|--------------|--------------|
| Verfügbare Wohnplätze | 24 | 24 |
| Durchschnittliche Belegung | 23 | 22 |
| Total Aufenthaltstage/Übernachtungen | 8 444 | 8 210 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres | 22 | 23 |
| Anzahl Eintritte | 20 | 10 |
| Anzahl Austritte | 18 | 11 |
| davon eigene Wohnmöglichkeiten | 5 | 3 |
| davon in andere WOH-Institution | 3 | |
| davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.) | 1 | 2 |
| davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz | 5 | 5 |
| davon andere | 2 | 1 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres | 24 | 22 |
| Geschlecht (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 6 | 6 |
| Anzahl Männer | 18 | 18 |
| | 24 | 24 |
| Verteilung nach Herkunftsort (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl StadtzürcherInnen | 21 | 20 |
| Anzahl Übrige | 3 | 4 |
| Total | 24 | 24 |

Tabelle 14 Werk- & Wohnhaus zur Weid (WWW)

| Belegung/Auslastung | 2004 | 2003 |
|--|---------------|---------------|
| Verfügbare Wohnplätze | 55 | 55 |
| Durchschnittliche Belegung | 53 | 54 |
| Total Aufenthaltstage/Übernachtungen | 19 563 | 19 614 |
| Fluktuation | 2004 | 2003 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres | 51 | 53 |
| Anzahl Eintritte | 20 | 12 |
| Anzahl Austritte | 16 | 14 |
| davon eigene Wohnmöglichkeiten | 9 | 2 |
| davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.) | 4 | 9 |
| davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz | 1 | 1 |
| davon verstorbene | | 1 |
| davon andere | 2 | 1 |
| Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres | 55 | 51 |
| Geschlecht (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl Frauen | 10 | 10 |
| Anzahl Männer | 44 | 44 |
| Total | 54 | 54 |
| Verteilung nach Herkunftsort (Aktive) | 2004 | 2003 |
| Anzahl StadtzürcherInnen | 28 | 29 |
| Anzahl Übrige | 27 | 25 |
| Total | 54 | 54 |
| Beschäftigungsmassnahmen | 2004 | 2003 |
| Anzahl betreute Arbeitsplätze | 70 | 70 |
| Durchschnittliche Belegung (Personen) | 55 | 50 |
| Total geleistete Arbeitstage | 13 616 | 12 394 |

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

Tabelle 1 Zusatzleistungen für AHV- und IV-RentnerInnen zusammen, Bruttoaufwendungen, Bundes- und Staatsbeiträge, Nettobelastungen

| | 2004 | 2003 | 2002 | 2001 | 2000 | 1999 | 1998 |
|---------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 1. Auszahlungen: | | | | | | | |
| Ergänzungsleistungen | 282 859 264 | 255 932 713 | 242 251 439 | 222 626 048 | 218 100 112 | 191 914 169 | 183 936 141 |
| Beihilfen | 29 575 228 | 29 534 569 | 28 874 796 | 26 861 198 | 28 020 044 | 26 131 790 | 26 657 339 |
| Gemeindezuschüsse | 43 811 893 | 41 223 324 | 40 663 445 | 33 026 213 | 34 780 426 | 33 552 056 | 39 134 198 |
| Einmalzulagen | 3 549 950 | 3 511 975 | 3 460 720 | 4 502 400 | 4 496 300 | 0 | 0 |
| Zusammen | 359 796 335 | 330 202 582 | 315 250 400 | 287 015 859 | 285 396 882 | 251 598 015 | 249 727 678 |
| 2. Einnahmen: | | | | | | | |
| Bundesbeiträge | 21 221 793 | 19 575 787 | 18 815 150 | 17 058 743 | 38 085 365 | 18 304 889 | 17 415 399 |
| Staatsbeiträge | 81 460 923 | 80 235 035 | 77 426 400 | 70 716 248 | 70 729 580 | 74 487 606 | 71 305 298 |
| Prämienvorbereitung | 67 537 791 | 54 412 838 | 49 130 087 | 45 339 032 | | | |
| Rückerstattungen | 14 144 604 | 15 241 895 | 14 069 921 | 13 612 893 | 20 795 691 | 19 514 328 | 21 983 262 |
| Zusammen | 184 365 111 | 169 465 555 | 159 441 558 | 146 726 916 | 129 610 636 | 112 306 823 | 110 703 959 |
| 3. Nettobelastung: | | | | | | | |
| Stadt | 175 431 224 | 160 737 027 | 155 808 842 | 140 288 943 | 155 786 246 | 139 291 192 | 139 023 719 |
| 4. Laufende Fälle | 15 562 | 15 069 | 14 798 | 14 340 | 14 236 | 14 098 | 14 122 |

Tabelle 2

Anteile der durch Zusatzleistungen gedeckten Mieten Stand Dezember 2004

| Personen in Wohnungen | Total | Mieten gedeckt durch: | |
|-----------------------|---------------|--------------------------------------|--|
| | | Ergänzungsleistungen in Prozenten | Ergänzungsleistungen und Mietzuschuss in Prozenten |
| Einzelpersonen AHV | 5 839 | 4 444 | 76.1 |
| Ehepaare AHV | 780 | 549 | 70.4 |
| Einzelpersonen IV | 3 751 | 3 012 | 80.3 |
| Ehepaare IV | 421 | 297 | 70.5 |
| Hinterlassene | 131 | 95 | 72.5 |
| Total | 10 922 | 8 397 | 76.9 |

Deckung durch Ergänzungsleistungen: bis Fr. 1 100 bei Alleinstehenden
(seit 1.1.2001 Erhöhung um Fr. 100 im Monat) bis Fr. 1 250 bei Ehepaaren
max. Fr. 300 Erhöhung für rollstuhlgängige Wohnungen
Deckung inkl. städtischen Mietzuschuss bis Fr. 1 275 bei Alleinstehenden
bis Fr. 1 425 bei Ehepaaren

Tabelle 3

Übersicht über das Vermögen Einzelpersonen

Stand Dezember 2004

| Fr. | AHV-RentnerInnen | | | IV-RentnerInnen | | |
|-----------------|------------------|--------------|------------|-----------------|--------------|------------|
| | Anzahl | in Prozenten | Summe in % | Anzahl | in Prozenten | Summe in % |
| 0 | 168 | 1.8 | 1.8 | 191 | 3.8 | 3.8 |
| 1 – 5 000 | 2 116 | 23.2 | 25.0 | 1 917 | 38.0 | 41.8 |
| 5 001 – 10 000 | 1 262 | 13.8 | 38.8 | 707 | 14.0 | 55.8 |
| 10 001 – 15 000 | 837 | 9.2 | 48.0 | 430 | 8.5 | 64.3 |
| 15 001 – 20 000 | 758 | 8.3 | 56.3 | 348 | 6.9 | 71.2 |
| 20 001 – 25 000 | 851 | 9.3 | 65.6 | 329 | 6.5 | 77.7 |
| 25 001 – 30 000 | 593 | 6.5 | 72.0 | 223 | 4.4 | 82.1 |
| 30 001 – 35 000 | 439 | 4.8 | 76.9 | 157 | 3.1 | 85.2 |
| 35 001 – 40 000 | 371 | 4.1 | 81.0 | 146 | 2.9 | 88.1 |
| 40 001 – 45 000 | 337 | 3.7 | 84.7 | 87 | 1.7 | 89.8 |
| 45 001 – 50 000 | 223 | 2.5 | 87.2 | 84 | 1.7 | 91.5 |
| 50 001 – 55 000 | 189 | 2.1 | 89.3 | 58 | 1.2 | 92.7 |
| 55 001 – 60 000 | 171 | 1.9 | 91.2 | 50 | 1.0 | 93.7 |
| 60 001 – 65 000 | 123 | 1.3 | 92.5 | 55 | 1.1 | 94.8 |
| 65 001 – 70 000 | 123 | 1.3 | 93.9 | 40 | 0.8 | 95.6 |
| 70 001 und mehr | 569 | 6.2 | 100.0 | 224 | 4.4 | 100 |
| Total | 9 130 | 100 | | 5 046 | 100 | |

Tabelle 4

Höhe der AHV/IV Einzelrenten nach Geschlecht

Stand Dezember 2004

| Fr. | AHV-RentnerInnen | | | | IV-RentnerInnen | | | |
|-------------|------------------|--------------|--------|--------------|-----------------|--------------|--------|--------------|
| | Frauen | in Prozenten | Männer | in Prozenten | Frauen | in Prozenten | Männer | in Prozenten |
| 0 – 1054 | 480 | 6.9 | 221 | 10.3 | 452 | 19.7 | 456 | 16.6 |
| 1055 | 59 | 0.8 | 37 | 1.7 | 44 | 1.9 | 75 | 2.7 |
| 1056 – 1192 | 199 | 2.8 | 107 | 5.0 | 99 | 4.3 | 179 | 6.5 |
| 1193 – 1329 | 263 | 3.8 | 149 | 6.9 | 139 | 6.1 | 205 | 7.4 |
| 1330 – 1466 | 385 | 5.5 | 190 | 8.9 | 731 | 31.9 | 924 | 33.5 |
| 1467 – 1604 | 679 | 9.7 | 401 | 18.7 | 202 | 8.8 | 250 | 9.1 |
| 1605 – 1688 | 430 | 6.2 | 134 | 6.3 | 150 | 6.6 | 178 | 6.5 |
| 1689 – 1772 | 429 | 6.2 | 149 | 6.9 | 152 | 6.6 | 168 | 6.1 |
| 1773 – 1857 | 428 | 6.1 | 141 | 6.6 | 115 | 5.0 | 118 | 4.3 |
| 1858 – 1941 | 495 | 7.1 | 123 | 5.7 | 64 | 2.8 | 61 | 2.2 |
| 1942 – 2026 | 610 | 8.7 | 130 | 6.1 | 48 | 2.1 | 47 | 1.7 |
| 2027 – 2109 | 407 | 5.8 | 88 | 4.1 | 22 | 1.0 | 21 | 0.7 |
| 2110 | 2 122 | 30.4 | 274 | 12.8 | 74 | 3.2 | 74 | 2.7 |
| Total | 6 986 | 100.0 | 2 144 | 100.0 | 2 292 | 100.0 | 2 754 | 100.0 |

Tabelle 5

Übersicht über die Entwicklung der Beiträge für Lebensunterhalt

Stand Dezember 2004

| Gültig ab 1. Januar | Alleinstehende | | | | | Ehepaare | | | | |
|--|----------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2005 Fr. | 2004 Fr. | 2003 Fr. | 2002 Fr. | 2001 Fr. | 2005 Fr. | 2004 Fr. | 2003 Fr. | 2002 Fr. | 2001 Fr. |
| Betrag Lebensunterhalt bei Ergänzungsleistungen | 17 640 | 17 300 | 17 300 | 16 880 | 16 880 | 26 460 | 25 950 | 25 950 | 25 320 | 25 320 |
| Erweiterung bei Beihilfen | 2 420 | 2 420 | 2 420 | 2 420 | 2 420 | 3 630 | 3 630 | 3 630 | 3 630 | 3 630 |
| Erweiterung bei Gemeindezuschüssen | 3 600 | 3 600 | 3 600 | 3 600 | 3 140 | 5 400 | 5 400 | 5 400 | 5 400 | 4 710 |
| Totalbetrag | | | | | | | | | | |
| Für Lebensunterhalt | | | | | | | | | | |
| – jährlich | 23 660 | 23 320 | 23 320 | 22 980 | 22 440 | 35 490 | 34 980 | 34 980 | 34 350 | 33 660 |
| – monatlich | 1 972 | 1 943 | 1 943 | 1 915 | 1 870 | 2 956 | 2 915 | 2 915 | 2 862 | 2 805 |
| Mietzinsbeiträge | | | | | | | | | | |
| Maximalansätze pro Jahr | | | | | | | | | | |
| – laut kant. Gesetz | 13 200 | 13 200 | 13 200 | 13 200 | 13 200 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 |
| – laut städt. Verordnung | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 |

Soziale Dienste

Table 1 Zahlungen nach Heimatgruppen

| Heimatgruppen | Unterstützungen | Rückerstattungen | | Zusammen |
|-------------------------|-----------------|------------------|-----------------------------------|------------------|
| | Total | Behörden | Andere Zahlungs- pflichtige | |
| Kanton Zürich | 67 326 498.30** | 3 245 841.45* | 16 692 136.10 | 19 937 977.55*** |
| Zuständigkeitsgesetz: | | | | |
| – kein Kostenersatz | 84 468 316.45 | 0.00 | 21 635 416.45 | 21 635 416.45 |
| – mit Kostenersatz 100% | 10 323 411.35 | 9 024 437.45 | 1 694 845.00 | 10 719 282.45*** |
| Ausland: | | | | |
| – kein Kostenersatz | 70 612 163.20 | 0.00 | 14 949 625.95 | 14 949 625.95 |
| – mit Kostenersatz 100% | 48 608 202.85 | 29 511 131.35 | 7 872 630.95 | 37 383 762.30*** |
| 2004 | 281 338 592.15 | 41 781 410.25 | 62 844 654.45 | 104 626 064.70 |
| 2003 | 241 381 641.10 | 41 895 335.25 | 55 794 057.00 | 97 689 392.25 |

* Ohne Staatsbeitrag Vorjahr gemäss § 45 des Sozialhilfegesetzes

** ohne Krankenkassenbeiträge

*** ohne transitorische Abgrenzungsbuchungen: ausschliesslich vereinnahmte Geldmittel

Table 2 Zahlungen nach Kostenarten gemäss SKOS Richtlinien
(Zahlungen Sozialhilfe und Jugend- und Familienhilfe gemäss Sozialhilfegesetz SHG)

| Rechnung 2004 Kostenarten | Unterstützungen Total |
|---|--------------------------|
| Grundbedarf Lebensunterhalt | 86 158 370.50 |
| Grundbedarf Unterhaltsdifferenz | 21 310 266.45 |
| Wohnungs- und Nebenkosten | 70 256 398.20 |
| Medizinalkosten | 18 748 475.58 |
| Situationsbedingte Leistungen – allgemein | 17 298 648.35 |
| Situationsbedingte Leistungen – Integration Arbeitswelt | 4 342 437.20 |
| Situationsbedingte Leistungen – Platzierungskosten | 62 646 401.57 |
| Diverse Auslagen bei bedeckten Konti | 577 594.30 |
| Zwischentotal | 281 338 592.15 |
| Beiträge Krankenkassenprämien | 30 736 458.65 |
| Total | 312 075 050.80 |
| Rechnungsjahr 2003 ohne Krankenkassenprämien | 241 381 641.10 |
| Rechnungsjahr 2003 mit Krankenkassenprämien | 267 592 512.97 |

Tabelle 3 Rückerstattungen (vereinnahmte Geldmittel im laufenden Jahr)

| Rechnung 2004 Rückerstattung von | Unterstützung |
|---|------------------------|
| Behörden: | |
| Fürsorgedirektion, Ausländer | 30 013 401.35 |
| Heimatbehörden | 8 825 868.75 |
| Bund, Asylbewerber | 2 942 140.15 |
| Total | 41 781 410.25 * |
| Selbstzahler: | |
| Rückzahlungen | 2 267 827.60 |
| Lohn- und Vermögensverwaltung | 395 800.30 |
| Erbabtretungen | 401 273.60 |
| Total | 3 064 901.50 |
| Verwandte: | |
| Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen | 2 540 210.15 |
| Ehegattenalimente | 373 606.90 |
| Verwandtenunterstützung | 1 144 012.25 |
| Total | 4 057 829.30 |
| Sozialinstitutionen: | |
| IV/BH | 32 497 987.45 |
| AHV/ABH | 2 292 827.25 |
| Arbeitslosenversicherung | 6 832 127.55 |
| Krankenkassen | 5 501 320.15 |
| SUVA | 527 794.25 |
| Militär- & andere Versicherungen | 655 052.05 |
| Kinderzulagen | 246 327.90 |
| Sozialamt, bevorschusste Kinderalimente | 2 847 042.65 |
| Pensionskassen, Renten | 874 547.50 |
| Schulamt, Schulbeiträge | 0.00 |
| Öffentliche Verwaltungen, Stipendien | 3 446 896.90 |
| Total | 55 721 923.65 |
| Total Rückerstattungen ohne Behörden 2004 | 62 844 654.45 |
| Total Rückerstattungen mit Behörden 2004 | 104 626 064.70 |
| Total Rückerstattungen ohne Behörden 2003 | 55 794 057.00 |
| Total Rückerstattungen mit Behörden 2003 | 97 689 392.25 |

* ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrages

Tabelle 4 Sozialhilfe

| | 2004 | 2003 |
|--|--------|--------|
| I. Assessment | | |
| Anzahl neue Fälle (Inkl. Wiederaufnahmen) | 4 950 | 4 718 |
| II. Wirtschaftliche Hilfe: Fallzahlen | | |
| Durchschnittliche Anzahl Fälle | 8 342 | 7 161 |
| Kumulative Fallzahl | 13 076 | 11 631 |
| Anzahl abgeschlossene Fälle (Juli Vorjahr bis Juni Rechnungsjahr) | 3 569 | 3 442 |
| III. Wirtschaftliche Hilfe: Quoten | | |
| Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt) | 4.1% | 3.6% |
| Kumulative Sozialhilfequote (Stand Jahresende, verfügbar erst ab März des Folgejahres) | * | 5.6% |
| IV. Arbeit, Beschäftigung, Ausbildung | | |
| Anteil ins Chancenmodell aufgenommene Fälle mit Gegenleistung | * | 41.0% |
| Anteil Personen im Chancenmodell (2. Pilotphase) | 31.9% | * |
| Anteil vom Team Arbeit betreute Fälle | 13.6% | 11.2% |
| V. Beratungen ohne finanzielle Leistungen | | |
| Infodona: Anzahl beratene Personen | 1 254 | 1 199 |
| Infodona: Anzahl Beratungen pro Jahr | 2 758 | 2 931 |

* Keine Angaben

Tabelle 5 Jugend- und Familienhilfe

| | 2004 | 2003 |
|---|--------|--------|
| I. Assessment | | |
| Anzahl neue Fälle Jugend- und Familienhilfe (ohne wiederaufgenommene Fälle) | 661 | 670 |
| Anzahl neuer Platzierungen in Heimen | 141 | 147 |
| Anzahl neuer Platzierungen in Pflegefamilien | 13 | 20 |
| Anzahl neuer Platzierungen in Tagesstrukturen | 67 | 82 |
| II. Wirtschaftliche Hilfe | | |
| Anzahl Kleinkinderbetreuungsbeiträge | 369 | 388 |
| Anzahl Alimentenbevorschussungsfälle | 1 802 | 1 779 |
| Anzahl Schuldner Alimenteninkasso | 3 231 | 3 238 |
| III. Platzierungen | | |
| Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Heimen | 436 | 435 |
| Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien | 108 | 106 |
| Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen | 152 | 126 |
| Anzahl Platzierungen in Heimen (Umsatz) | 593 | 589 |
| Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien (Umsatz) | 130 | 136 |
| Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen (Umsatz) | 218 | 189 |
| IV. Beratungen ohne finanzielle Leistungen | | |
| Jugend- und Familienhilfe: Anzahl Fälle | 3 166 | 3 126 |
| Jugend- und Familienhilfe: Anzahl abgeschlossene Beratungsfälle | 836 | 857 |
| Mütter-/Väterberatung: Anzahl erfasste Kinder | 4 654 | 4 388 |
| Mütter-/Väterberatung: Anzahl Beratungen | 21 529 | 20 464 |
| Jugendberatung: Anzahl beratene Personen | 381 | 371 |
| Jugendberatung: Anzahl Beratungsstunden | 5 028 | 4 821 |
| V. Spezialaufgaben und Projekte | | |
| Pflegekinder: Anzahl beaufsichtigte Tagesverhältnisse * (Umsatz) | 367 | 354 |
| Anzahl neue beaufsichtigte Tagesverhältnisse | 117 | 134 |
| Anzahl durch den Fachbereich Pflegekinder mitfinanzierte Tagesverhältnisse | 98 | n.e. |
| Pflegekinder: Anzahl beaufsichtigte Pflegeverhältnisse ** (Umsatz) | 169 | 240 |
| Anzahl neue beaufsichtigte Pflegeverhältnisse | 25 | 41 |
| Anzahl durch den Fachbereich Pflegekinder mitfinanzierte Pflegeverhältnisse | 14 | n.e. |
| Anzahl zu beaufsichtigende städtische und private Krippen sowie private Horte | 162 | 155 |
| Anzahl neu erteilte Bewilligungen für Krippen und Horte | 12 | 12 |
| Kontaktaufnahmen mit den regionalen Kinderschutzgruppen | 88 | 91 |

n.e. noch nicht erhoben

Tabelle 6 Vormundschaftliche Massnahmen

| | 2004 | 2003 |
|---|-------|-------|
| I. Assessment | | |
| Anzahl neue Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen Erwachsene | 388 | 299 |
| Anzahl neue Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen Kinder und Jugendliche | 288 | 229* |
| II. Vormundschaftliche Massnahmen und Abklärungen | | |
| Anzahl Fälle Erwachsene (Umsatz) | 2 761 | 2 651 |
| Anzahl Fälle Kinder und Jugendliche (Umsatz) | 1 735 | 1 662 |
| Anzahl Regelung Vaterschaft/Unterhalt (einvernehmliche Fälle, Umsatz) | 1 089 | 945 |
| III. Dienstleistungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen | | |
| Anzahl mit zusätzlicher Vermögensverwaltung | 678 | 555 |
| Anzahl mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch Rechtsdienst ZRD | 195 | 195 |
| IV. Spezialaufgaben und Projekte | | |
| Anzahl begleitete private MandatsträgerInnen | 1 093 | 990 |

Tabelle 7 Schulsozialarbeit

| | 2004 | 2003 |
|---------------------------------|------|------|
| Anzahl SchulsozialarbeiterInnen | 26 | 17 |
| Anzahl betreute Schulhäuser | 33 | 22 |

* 2003 ohne Elternberatung